



BRENNPUNKT TIBET



**CHINA UND DIE DEMOKRATIE:
EIN REGIME AM SCHEIDEWEG?**

Bamberg für Tibet

Eine Stadt, die hinter Tibet steht.
Und wir werden immer mehr.



Tibet braucht dich. Mach mit. Sei dabei.

Die Tibet Initiative Deutschland e.V. setzt sich seit 1989 für das Selbstbestimmungsrecht der Tibeter und die Wahrung der Menschenrechte in Tibet ein. Mit bundesweit 50 Regionalgruppen und Kontaktstellen sowie rund 2.000 Mitgliedern gibt sie Tibet eine starke Stimme.

Mitmach-Informationen unter: www.tibet-initiative.de/mitmachen

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

30 Jahre Mauerfall, das Jubiläum steht unmittelbar bevor. Gerade als ein Mensch, der in der DDR aufgewachsen ist, weiß ich um die Bedeutung des Jahres 1989. Gut hallen noch die Parolen dieses denkwürdigen Herbstes in meinen Ohren nach.

Jedoch nicht alle Ereignisse hatten damals einen freudigen Ausgang: 30 Jahre Tiananmen-Massaker zeigt, wie ein autokratisches und repressives System auch reagieren kann, wenn die zarte Pflanze Demokratie zu wachsen beginnt. Ein Grund mehr, heute nach China zu blicken, besonders auf die Proteste in Hongkong. Nach wie vor stellt sich die Frage, welche Chancen eine Demokratisierung in China hat. Die Situationen in Tibet, Ostturkestan, Hongkong und Taiwan sind zwar recht unterschiedlich und nur bedingt vergleichbar. Doch die Demokratisierung Chinas ist Voraussetzung, damit sich die Situation in allen diesen Regionen verbessern kann.

Roland Jahn, DDR-Bürgerrechtler und Leiter der Stasi-Unterlagen-Behörde schaut im Interview ab Seite 16 auf den Untergang der Diktatur in der DDR und überlässt es den Betroffenen und Verantwortlichen, daraus Rückschlüsse für die Lage heute in Tibet und China zu ziehen. Im Leitartikel ab Seite 8 setzt sich David Demes mit so mancher westlichen These zu China auseinander und zeigt die Voraussetzungen für einen Wandel in der Volksrepublik auf. Im Kommentar auf Seite 28 erklärt David Missal die Ereignisse in Hongkong, und der Repräsentant von Taiwan in Deutschland, Prof. Shieh, setzt sich in der Rubrik „5 Fragen ...“ ab Seite 32 mit der Situation in Taiwan auseinander.

„Wandel durch Handel“ oder gar durch das Internet hat in China nicht funktioniert. Das kommunistische Regime adaptiert das westliche Wirtschaftssystem und nutzt es auf seine eigene Art. Doch so hoffnungslos die Situation auch erscheinen mag: Im Juli/August 1989 hat auch niemand ernsthaft an einen Wandel in der DDR geglaubt. Wenige Monate später war sie Geschichte.

Hoffnungsvoll und herzlich, Ihr

Axel Grafmann

// Axel Grafmann
Geschäftsführer Tibet Initiative Deutschland e.V.





8

TITELTHEMA

**China und die Demokratie:
Ein Regime am Scheideweg?**

// von David Demes

Foto Titelseite:

Sonnenblumenbewegung: Junge
Taiwaner demonstrieren gegen die
China-freundliche Politik der Regierung.

4 NACHRICHTEN

Abschied von Dalha Agyitsang | Wir trauern um Puntsok Tsering Duechung | Claudia Roth eröffnet Ausstellung über tibetische Kunst | Aus für umstrittenes Dragonfly-Projekt | Ein anonymes Reisebericht aus Tibet 2019 | China blockiert Besuch einer Bundestagsdelegation | Mindener Bürger fordern Rückkehr zur Flaggenaktion | Dundup Dorka zieht in den Vorstand der Tibet Initiative ein

8 TITELTHEMA

China und die Demokratie: Ein Regime am Scheideweg? // von David Demes

16 INTERVIEW

„Man kann Menschenrechte nicht mit Menschenrechtsverletzungen schützen“ // Interview mit Roland Jahn, dem Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen

20 TIBETISCHER JAHRESTAG

Tibetischer Tag der Demokratie am 2.9.2019 // von Klemens Ludwig

22 AKTIONEN

Demokratischer Frühling in China? Eine Podiumsdiskussion | Zum 84. Geburtstag des Dalai Lama: Karten an die chinesische Botschaft | Mahnwache vor der chinesischen Botschaft | Mitgliederversammlung 2019 | Geschäftsführer bei Regionalgruppen Nord

26 JUBILÄUM

30 Jahre Tibet Initiative Deutschland // von Klemens Ludwig

28 KOMMENTAR

Warum die Hongkonger Proteste so groß wurden // von David Missal

29 SPENDE

Bußgeldmarketing – Eine Chance für gemeinnützige Organisationen // Interview mit Ulrich Kujawski

30 AKTIV FÜR TIBET

Ich bin Mitglied, weil... // Cornelia Stütze

31 STIMMEN FÜR TIBET

Margarete Bause // Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen

32 5 FRAGEN AN...

Prof. Dr. Jhy-Wey Shieh, Repräsentant von Taiwan, Taipeh-Vertretung in Deutschland // Interview: Axel Grafmanns

34 REISEBERICHT

Arunachal Pradesh // Eine Reise ins nordostindische „Tibet“

35 IHRE MEINUNG ZÄHLT

Der „Brennpunkt Tibet“ im Wandel // von Anja Oeck

36 NOTIERT | IMPRESSUM

37 TERMINE

16

INTERVIEW

„Man kann Menschenrechte nicht mit Menschenrechtsverletzungen schützen“. // Interview mit Roland Jahn, dem Mitbegründer der „Friedensgemeinschaft Jena“ und jetzigen Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen

22

AKTIONEN

Podiumsdiskussion in der Berliner Gethsemanekirche. Anlässlich des 30. Jahrestages des Massakers am Tiananmen-Platz in Peking.



Abschied von Dalha Agyitsang



Dalha Agyitsang ist am 21. August 2019 nach langer, schwerer Krankheit von uns gegangen. Alle, die sich seit Jahren in Deutschland für Tibet engagieren, kannten sie als kluge, wortgewandte und streitbare Frau für Tibet. Anfang der 1960er Jahre kam Dalha Agyitsang nach

Deutschland und wuchs hier auf. Sie initiierte die Gründung des Vereins der Tibeter (VTD) am 29. Dezember 1979 in Hennef bei Bonn und war am 8. August 1989 ebenfalls Gründungsmitglied der Tibet Initiative Deutschland (TID) in Bonn – der Stadt, in der sie lebte und nun starb. Ich erinnere mich noch gut, als ich 1998 bei der Mitgliederversammlung in den Vorstand der TID gewählt wurde. Als ich meinen Werdegang zu Tibet schilderte und dabei meine wissenschaftlichen Studien erwähnte, sagte sie: „Wir brauchen keine Wissenschaftler, wir brauchen Kämpfer für Tibet.“ Genau das war es, wofür sie sich ein Leben lang einsetzte: Freiheit für Tibet. Ihr war es immer wichtig, dass die TID, die sie lange Jahre als VTD-Delegierte im

Vorstand begleitete, ein politischer Verein ist und bleibt. Zuletzt sah ich sie 2018 bei unserer Veranstaltung in Darmstadt, wo sie eine Audienz beim Dalai Lama hatte. Begegnungen mit dem Dalai Lama berührten sie sehr und gaben ihr Kraft weiterzukämpfen, aller gesundheitlichen Schwächen zum Trotz. Mit Dalha Agyitsang verstarb nach Tsewang Norbu und Palden Tawo nun das dritte TID-Gründungsmitglied innerhalb eines Jahres. Wir werden ihr Engagement als Vermächtnis aufnehmen und garantieren, dass der Einsatz für Tibet weitergeht. Die nächste Generation wird sich einsetzen. Free Tibet!

// Wolfgang Grader,
Vorstand Tibet Initiative Deutschland

Wir trauern um Puntsok Tsering Duechung



Am Abend des 11. September erreichte uns in der Tibet Initiative völlig unvorbereitet die traurige Nachricht, dass Puntsok Tsering Duechung vom Tibethaus Deutschland in Frankfurt nach schwerer Krankheit verstorben ist. Unsere Gebete und unser tiefes Mitgefühl gelten seiner jungen Fa-

milie, die so plötzlich den geliebten Ehemann und Vater in der Mitte des Lebens verloren hat. Wir können nur ahnen, wie groß der Verlust und der Schmerz sind und wünschen ihnen und allen, die mit Puntsok Tsering Duechung verbunden sind, die Kraft, um die schwere Zeit der Trauer zu bewältigen, und den Mut, wieder nach vorn blicken zu können. Unsere Betroffenheit ist verbunden mit tiefer Dankbarkeit und Wertschätzung für die Arbeit, die Puntsok Tsering Duechung als ein Hauptverantwortlicher im Tibethaus geleistet hat: nicht nur zur Bewahrung des reichen kulturellen Erbes Tibets, sondern auch, dieses den Menschen im Westen zugänglich zu machen. Puntsok Tsering Duechung hat in der Geschäftsführung mit Elke Hessel

und dem Team des Tibethauses die Entwicklung von einem buddhistischen Dharmazentrum zu einem vielfältigen Kulturzentrum aktiv gefördert und mitverantwortet, inspiriert durch die Weitsicht Seiner Heiligkeit des Dalai Lama und Dargyab Rinpoche. Damit hat er wichtige Pionierarbeit in Deutschland geleistet. Wir wünschen allen Freunden im Tibethaus Frankfurt die Kraft, ihre Arbeit auch in Phuntsok Sinn weiterzuführen. Wir sind gewiss, dass sein Leben und sein Werk auch weiterhin für Tibet und die Menschen hier gute Früchte tragen wird. Wir danken Dir und wir beten für Dich, lieber Puntsok Tsering Duechung.

// Christof Spitz,
Vorstand Tibet Initiative Deutschland



Von links nach rechts: Axel Grafmanns,
Dundup Dorka, Claudia Roth, Wolfgang Grader, Gendun Sangpo

„Magie vom Dach der Welt“: Claudia Roth eröffnet Ausstellung über tibetische Kunst

Unter dem Titel „Magie vom Dach der Welt“ eröffnete Claudia Roth im Juli eine Ausstellung über tibetische Kunst mit bewegenden Reden, traditioneller tibetischer Musik und viel Prominenz. Noch bis zum 9. November 2019 zeigt das Augsburger Schaezlerpalais in Kooperation mit der Tibet Initiative Schmuck- und Gebrauchsgegenstände, mittelalterliche Kultfiguren und archäologische Streufunde aus dem einstigen tibetischen Großreich, die Kurator Hans Wehretter in mühevoller Kleinarbeit zusammengetragen hat. Zur Eröffnung am 19. Juli erschienen unter

anderem Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth und der tibetische Aktivist, Historiker und Ex-Mitglied des Exilparlaments, Wangpo Thetong, von der Tibet Initiative der Vorstandsvorsitzende Wolfgang Grader und Geschäftsführer Axel Grafmanns. Das neue Vorstandsmitglied Dundup Dorka bildete mit seinem Musiker-Kollegen Gendun Sangpo nicht nur den musikalischen Rahmen des Abends, sondern hielt auch spontan eine bewegende Rede über seine Flucht als Kind über den Himalaya. Claudia Roth erinnerte als „Botschafterin für die Tibet Initiative“

an die fortwährende Verletzung der Menschenrechte in Tibet, während Wangpo Thetong auf die „Zukunftsfähigkeit der tibetischen Kultur“ verwies. Wolfgang Grader beschrieb den Gegensatz zwischen der „einzigartigen Kultur und Natur“ Tibets und der Ausbeutung der Ressourcen in einem Land, das „vom Schmerz geprägt ist“. Die leidenschaftlichen Reden zeigten: Tibet und seine vielfältige Kultur sind lebendig wie eh und je – und lassen sich nicht unsichtbar machen. www.tibet-initiative.de/der-mythos-lebt-claudia-roth-eroeffnet-ausstellung-ueber-tibetische-kunst/

Protesterfolg: Aus für umstrittenes Dragonfly-Projekt

Google hat seine Beteiligung bei der Entwicklung einer zensurierten Suchmaschine für China beendet. Das kündigte Google-CEO Sundar Pichai in einem CNN-Interview vor der jährlichen Hauptversammlung Ende Juni an. Demnach wird das Unternehmen das sogenannte Projekt „Dragonfly“ nicht weiter verfol-

gen, solange China kein zensurfrees Internet anbietet. Google reagierte mit der Absage auf heftige Kritik, die seit August 2018 von allen Seiten auf das Unternehmen eingepresst war. Die als „Zensur-Maschine“ bezeichnete Suchmaschine sollte Eingeweihten zufolge alle Webseiten und Suchbegriffe zensieren, die

der chinesischen Regierung nicht genehm sind. Neben Informationsseiten wie Wikipedia und Medienseiten wie der New York Times wären von der Zensur auch Informationen über Menschenrechtsverletzungen wie das Tiananmen-Massaker sowie jegliche Regierungskritik betroffen gewesen.



Die Nordflanke des Kailash im Morgenlicht

Leseempfehlung: Ein anonym Reisebericht aus Tibet 2019

Viele Tibet-Freunde bekommen das Land ihrer Träume in ihrem ganzen Leben nicht zu sehen. Denn chinesische Behörden verhängen nicht selten Einreiseverbote gegen Aktivisten, die sich für die Rechte Tibets und der Tibeter engagieren. Jemand aus unserem Tibet-Netzwerk hat es

aller Beschränkungen zum Trotz in diesem Jahr dennoch zum Dach der Welt geschafft und drei Wochen in Tibet verbracht. Wie sieht es im Tibet des Jahres 2019 aus? Was hat sich in den letzten knapp 20 Jahren verändert? Wie durchziehen Überwachung, Kontrolle und Beschränkungen den

Alltag der Tibeter? Und wie kann man trotzdem vorsichtig im Kontakt mit den Einheimischen seine Unterstützung signalisieren? Der dreiteilige Bericht mit ganz persönlichen Eindrücken aus erster Hand steht online unter:

www.tibet-initiative.de/aktuelles.

Haltung unerwünscht: China blockiert Besuch einer Bundestagsdelegation

Im August verweigerte die chinesische Führung einer Delegation des Deutschen Bundestages die Einreise. Der Delegation sollte auch die Grünen-Abgeordnete Margarete Bause angehören, die seit Jahren mit klaren Worten Menschenrechtsverletzungen der chinesischen Regierung anprangert – zuletzt auch bei unserer Podiumsdiskussion in der Berliner Gethsemanekirche. Im Ge-

genzug für die Gestattung der Einreise forderte die chinesische Botschaft in Berlin die Streichung Bauses von der Liste – was die Bundestagsverwaltung ablehnte. „Gut, dass der Bundestag hier Haltung zeigt“, kommentierte Bause bei Twitter die Entscheidung. „Wir dürfen uns dem Druck Chinas nicht beugen.“ Margarete Bause hatte in der Vergangenheit wiederholt die

Menschenrechtslage in Tibet und Ostturkestan kritisiert und sich mit chinesischen Regierungskritikern wie dem Künstler Ai Weiwei getroffen. Auch die für September geplante China-Reise des Bundestagsausschusses für Menschenrechte stand bei Redaktionsschluss auf der Kippe. Diesem Ausschuss gehört Bause ebenfalls an.

Anhaltender Protest: Mindener Bürger fordern Rückkehr zur Flaggenaktion

Seit einigen Jahren beteiligt sich die Stadt Minden nicht mehr an unserer jährlichen Aktion „Flagge zeigen für Tibet“. Warum eigentlich nicht? Das fragten sich lokale Bürger und Medien – und kamen einer Verbindung mit der neuen Städtepartnerschaft mit der chinesischen Stadt Changzhou auf die Spur. Die Diskussion entfacht hatte im April 2018 ein Leserbrief im Mindener Tageblatt. Christiane Haselau, langjähriges Mitglied der Tibet Initiative Deutschland, kritisierte darin den Teilnahme-Stopp der Stadt Minden an der Flaggenaktion. Auf Anfrage sei ihr dies mit Mindens Städtepartnerschaft mit Changzhou begründet

worden. Auch dem Mindener Blogger Jürgen Schnake wurde bestätigt, dass die Absage der Flaggenaktion in Zusammenhang mit dem chinesischen Städtepartner steht. Man wolle „keinen Ärger verursachen“. Öffentlich hielt man sich allerdings bedeckter: So lautete die offizielle Begründung der Absage der Flaggenaktion 2018 aus dem Mindener Tageblatt, die Flagge sei nicht auffindbar. Im Jahr darauf, kurz vor dem 60. Jahrestag des tibetischen Volksaufstandes von 1959, wurden dem Online-Portal OctoberNews zufolge juristische Gründe angeführt: Die geltende Gesetzgebung verbiete das Hissen der Flagge. Tatsächlich

kann die Stadt die Tibet-Flagge durchaus wehen lassen – sofern die Verwaltungsleitung, in diesem Fall Bürgermeister Michael Jäcke (SPD), das wünscht. Dass ihr Bürgermeister diesen Wunsch ganz offensichtlich nicht hegt, stieß nicht nur Bürgern und Medien übel auf, sondern auch der örtlichen SPD-Basis. Ein Ortsverein setzte mit der Planung einer Veranstaltung zur politischen Situation in Tibet erste Impulse zur Wiederbelebung der Flaggenaktion. Auch Christiane Haselau will dafür kämpfen: Gemeinsam mit einer Freundin hat sie in diesem Zuge eine Kontaktstelle der Tibet Initiative für Minden und Porta Westfalica gegründet.

Herzlich willkommen: Dundup Dorka zieht in den Vorstand der Tibet Initiative ein



Manche kennen ihn bereits als Musiker von unseren Veranstaltungen, andere von seiner Rolle als „Tibeti-

scher Botschafter“ in unserem Video zum 30-jährigen Jubiläum: Wir freuen uns, dass wir im Juli 2019 Dundup Dorka als neues Vorstandsmitglied in den Reihen der Tibet Initiative Deutschland begrüßen konnten. Dundup passt perfekt zu uns – sowohl von seinem sonnigen Gemüt als auch von seinem Engagement und seiner Geschichte her: Als er noch ein Kind war, flohen seine Eltern mit ihm über den Himalaya, er wuchs in Indien und Nepal auf. Seit 2012 engagiert sich Dundup von Deutschland aus für Menschenrechte und Selbstbestimmung in Tibet, unter anderem als stellvertretender Regionalsprecher im Verein der Tibeter in Deutschland. Nachdem er in der Vergangenheit unter anderem Tibetisch unterrichtet und Dharma-Lehren für buddhis-

tische Lehrer übersetzt hat, betreibt er heute den Himalaya-Tibetasia-Shop in Berlin – der Stadt, in der er mit seiner Frau und seinen beiden Kindern lebt. Nicht nur uns beehrte Dundup schon mehrmals mit seiner traditionellen tibetischen Musik: Zweimal spielte er auch als Musiker auf Veranstaltungen vor dem Dalai Lama. Dundup Dorka folgt Jampa Kungashar nach, der uns seit 2014 im Vorstand der Tibet Initiative begleitet hat. Wir bedanken uns bei Jampa für seinen Einsatz und seine Unterstützung. Dundup wünschen wir einen tollen Start in eine hoffentlich erfolgreiche Zeit bei der Tibet Initiative. Wir freuen uns auf Dich – als Berater, als Kämpfer, als Musiker und als Mensch.

// Arne Welling



China und die Demokratie: Ein Regime am Scheideweg?

// von David Demes

Ginge es nach den Prognosen vieler westlicher Journalisten und Politikberater, hätte sich China schon längst zu einer Demokratie nach westlichem Vorbild entwickelt. Seit Jahrzehnten wird versucht – man könnte fast meinen, mit der Macht der Suggestion –, Chinas Demokratisierung herbeizuschreiben. Wenn wir allein die Entwicklungen der letzten zehn Jahre betrachten, so müssen wir allerdings zu dem Schluss kommen, dass es an der Zeit ist, sich ein für alle Mal von dieser „China-Fantasie“ zu verabschieden. Niemals war die Volksrepublik seit dem Ende der Mao-Ära weiter von demokratischen Reformen entfernt als heute. David Demes ist vor Ort in Taiwan und analysiert die Chancen, dass China sich in Richtung Demokratie entwickelt, mit realistischem Blick.

Es lohnt sich, die Frage nach einem möglichen politischen Wandel Chinas angesichts existierender demokratischer Gesellschaften in Hongkong und Taiwan zu betrachten. Diese stellen sich mutig einer drohenden chinesischen Übernahme entgegen.

Die China-Fantasie

Mit Beginn der „Reform- und Öffnungspolitik“ unter Deng Xiaoping Ende der 1970er Jahre kam in Washington und anderen westlichen Hauptstädten die Hoffnung auf, China würde sich im Zuge einer wirtschaftlichen Öffnung auch politisch reformieren. Politikwissenschaftler gingen allgemein davon aus, dass internationaler Handel, mehr Kontakt mit dem Westen und eine wachsende Mittelschicht letztlich zu einer Liberalisierung des politischen Systems führen würden. Die demokratischen Umwälzungen in Osteuropa und Ostasien in den achtziger und neunziger Jahren schienen diesem Bild vom „Ende der Geschichte“, d.h. einer unaufhaltsamen Entwicklung hin zur Demokratie und einem Ende des Systemkampfes, Recht zu geben.

Tatsächlich setzten viele Beobachter – übrigens auch Teile der Tibet-Bewegung – große Hoffnungen in den aktuellen Staatspräsidenten und vermeintlichen „Reformer“ Xi Jinping. Seine Familienbiographie ließ darauf schließen, dass er Tibet womöglich freundlich gesinnt sein und der Konzentration politischer Macht in der Hand eines Einzelnen skeptisch gegenüberstehen könnte. Die letzten Jahre haben jedoch deutlich gemacht, dass diese Hoffnungen fehlgeleitet waren. Erst im letzten Jahr strich Xi Jinping die Amtszeitbegrenzungen für das Amt des Staatspräsidenten und ebnete sich damit de facto den Weg zur Präsidentschaft auf Lebenszeit. Eine Entscheidung, die die jahrelange Diskussion über die Institutionalisierung der Kommunistischen Partei und ihre Bemühungen im Bereich politischer Reformen ad absurdum führte. Während Xi in Tibet und Ostturkestan (Xinjiang) die härtesten Unterdrückungsmaßnahmen seit Jahrzehnten zu verantworten hat, hat seine Nulltoleranzpolitik in der Hongkong- und Taiwan-Frage die Fronten nur weiter verhärtet.

Sommer des Protests

Gerade erst gingen am 16. Juni in Hongkong knapp zwei Millionen Menschen gegen ein umstrittenes Auslieferungsgesetz und für mehr Demokratie und Autonomie der chinesischen Sonderverwaltungszone (HKSAR) auf die Straße. Es war der größte derartige Protestmarsch in der

Geschichte Hongkongs dieses von Demonstrationen und Polizeigewalt geprägten Sommers. Seit Juni warten nicht nur die internationalen Medien mit Spannung, ob die Hongkonger Verwaltungschefin Carrie Lam oder die Zentralregierung in Beijing auf die Forderungen der Demonstranten eingehen wird. Auch die Menschen in Taiwan schauen mit Sorge auf die Entwicklungen im benachbarten Hongkong. Auf den Straßen der HKSAR entscheidet sich nicht nur die Zukunft ihrer 7,4 Millionen Einwohner. Auch für die politische Zukunft der Volksrepublik China und Taiwans geben die aktuellen Ereignisse in Hongkong wegweisende Impulse.

In den Verhandlungen zur Rückgabe der Kronkolonie an China im Jahr 1984 hatte Deng Xiaoping versprochen, das politische und wirtschaftliche System Hongkongs inklusive seiner Grundrechte für 50 Jahre unangetastet zu lassen. Dieses Konzept, das Deng ursprünglich für eine Vereinigung Chinas mit Taiwan vorgesehen hatte, wurde unter dem Titel „Ein Land, zwei Systeme“ bekannt. Tatsächlich wurde 1951 auch die tibetische Regierung zu einer ähnlichen Vereinbarung mit China gedrängt. Die Wut der Hongkonger Demonstranten richtet sich indes gegen die immer offensichtlichere Erosion ihrer vertraglich verbrieften Autonomie und den Versuch, Hongkong seiner Identität und Sonderrechte zu berauben. Als Beweis für die wahren Absichten der KPCh verweisen viele Demonstranten ganz bewusst auf den Vertragsbruch, den die chinesische Regierung 1959 in Tibet begangen hat.

In Taiwan, der demokratischen Inselrepublik vor der chinesischen Küste, zeigen derweil zivilgesellschaftliche Gruppen und Regierungsstellen beeindruckende Solidarität mit den Hongkonger Demonstranten. Während einer Rede an der Columbia University in New York nahm die taiwanische Präsidentin Tsai Ing-wen im Juli Bezug auf die Situation in Hongkong und erklärte dem erklärten Ziel des chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping, „Ein Land, zwei Systeme“ für Taiwan eine klare Abfuhr. Tsai sagte, die Hongkonger Erfahrung habe deutlich gemacht, dass Autoritarismus und Demokratie nicht koexistieren könnten. Die tägliche Eskalation der Polizeigewalt in Hongkong und der Aufmarsch paramilitärischer Truppen an der Grenze zum chinesischen Shenzhen scheinen ihr Recht zu geben.

Eine ganze Generation wird politisiert

Schon seit etwa 2011 regt sich in der Hongkonger Bevölkerung breiter Widerstand gegen die wachsende Einflussnahme aus Beijing. Damals politisierte die KPCh eine



Die Wand des Parlamentsgebäudes in Taipei wird von Demonstrierenden zur Ausstellungsfläche für Protestkunst umfunktioniert.

ganze Generation mit dem Versuch, ein patriotisches, prokommunistisches Unterrichtsfach zu etablieren. Zwischen Juli und September 2012 protestierten Zehntausende gegen die geplante Reform. Der öffentliche Druck zwang die Hongkonger Regierung, ihre Pläne aufzugeben. Ein wichtiges Erfolgserlebnis für die jungen Demonstranten. Der womöglich bekannteste Vertreter dieser Generation ist der mittlerweile 22-jährige Joshua Wong, Gründer der Aktivistengruppe Scholarism und Generalsekretär der neuen pro-demokratischen Partei Demosistō.

Eine Entscheidung des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses über die Wahl des Hongkonger Verwaltungschefs sorgte 2014 erneut für Massenproteste in der Stadt. Im Jahr 2007 hatte der Ständige Ausschuss den Hongkongern noch ein allgemeines Wahlrecht in Aussicht gestellt. Nun sollten die Kandidaten für den Posten des sogenannten „Chief Executive“ doch weiterhin von einem Beijing-treuen Gremium vorausgewählt werden. Eine Entscheidung, die Studentengruppen und andere zivilgesellschaftliche Akteure wachrüttelte und zum Protest bewegte. Die tagelange Blockade des zentralen Geschäftsviertels auf Hong Kong Island wurde erst als „Occupy Central“ geplant, später dann durch die mediale Berichterstattung als „Regenschirm-Bewegung“ weltweit bekannt. Wie auch bei den aktuellen Protesten hatten Demonstranten Regenschirme benutzt, um sich vor dem Einsatz von Pfefferspray und Wasserwerfern zu schützen. Für die Demonstranten in Hongkong geht es aber schon

lange nicht mehr nur um eine Bildungsreform oder ein Abschiebengesetz. Es geht vielmehr um die Wahrung ihres freiheitlichen Lebensstils. Zwar läuft die 50-Jahr-Frist der „zwei Systeme“ erst im Jahr 2047 aus, viele jüngere Einwohner und Eltern machen sich aber Sorgen darum, was einmal aus ihrer Stadt werden soll, wenn die KPCh schon jetzt mit solcher Macht versucht, Hongkongs politische Autonomie auszuhöhlen. Die aktuellen Proteste können daher durchaus als letzter Versuch der Bevölkerung verstanden werden, ihr Zuhause vor der totalen Übernahme durch die Volksrepublik zu retten. Ein ähnliches Gefühl breitet sich seit einigen Jahren auch in Taiwan aus.

Demokratisches Bollwerk vor Chinas Küste

Vom Image des unsinkbaren Flugzeugträgers der amerikanischen Streitkräfte in Zeiten des Kalten Krieges hin zu einer prosperierenden Demokratie – Taiwan hat einen langen Weg hinter sich. Seit der Demokratisierung in den 1990er Jahren hat das Land bereits drei friedliche Regierungswechsel vollzogen und die Stabilität seines demokratischen Systems mehrfach unter Beweis gestellt. Taiwans unklarer internationaler Status hat einerseits zur Demokratisierung des Landes beigetragen, andererseits gefährdet er aber auch das Überleben der jungen Demokratie. Seit die Volksrepublik 1971 von der UN-Vollversammlung als einzige wahre Vertreterin Chinas anerkannt und die Repräsentanten Chiang Kai-sheks von den Vereinten



Traditionelle Dschunke im Victoria Harbour in Hongkong

Nationen ausgeschlossen wurden, haben bis auf wenige Ausnahmen fast alle Staaten der Welt der Republik China – so heißt Taiwan bis heute offiziell – den Rücken gekehrt. Die Mehrheit der Taiwaner würde den historischen Ballast der „Republik China“ gerne hinter sich lassen, aber die Regierung in Beijing droht mit militärischer Gewalt, sollte Taiwan seine Unabhängigkeit formell erklären. De facto ist Taiwan schon lange unabhängig. Die 23,8 Millionen Einwohner der Hauptinsel Taiwan, des Penghu-Archipels sowie von Matsu, Kinmen und einigen kleineren Inseln unter der Verwaltung Taipehs genießen nicht nur allgemeines Wahlrecht und fundamentale Menschenrechte, sie haben auch ein eigenes Militär, eine eigene Währung, ein eigenes Postsystem und vor allem: eine eigene nationale Identität.

Chinas Einflusskampagne in Taiwan

In den Anfangsjahren der taiwanischen Demokratie hatte die Volksrepublik noch versucht, mit Raketentests und Militärmanövern Druck auf die taiwanischen Wähler auszuüben, bloß keine Pro-Unabhängigkeitskandidaten oder -parteien zu unterstützen. In den letzten Jahren ist man in Beijing aber zu einer subtileren Politik der wirtschaftlichen Anreize übergegangen, die taiwanische Geschäftsleute anlocken und Taiwans Wirtschaft mehr und mehr mit China verzahnen sollte. Gleichzeitig hat die KPCh erfolgreich lokale Religionsgemeinschaften, Triaden und einige Medienunternehmen als Vertreter ihrer Interessen in Taiwan anwerben können. Diese Gruppen versuchen im Geheimen, den öffentlichen Diskurs zu Gunsten Chinas zu beeinflussen oder einfach Chaos und gesellschaftliche Konflikte zu schüren.

Die Angst vor einer wachsenden Abhängigkeit der taiwanischen Wirtschaft von der Volksrepublik führte im Jahr

2014 zu einer mehrwöchigen Besetzung des taiwanischen Parlaments durch Studenten, die die Ratifizierung eines weiteren Handelsabkommens mit China verhindern wollten. Die friedlichen Proteste erlangten als „Sonnenblumen-Bewegung“ internationale Aufmerksamkeit. Ein Bruch zwischen verschiedenen Fraktionen in der Regierungspartei und breite gesellschaftliche Unterstützung führten letztlich dazu, dass das Abkommen zurückgezogen werden musste. In den anschließenden Präsidentschaftswahlen wurde die China-freundliche Kuomintang (KMT) abgewählt, und mit der gemäßigten Kandidatin der Demokratischen Fortschrittspartei (DPP), Tsai Ing-wen, wurde zum ersten Mal eine Frau Präsidentin des Inselstaates. Während ihrer ersten Amtszeit brachte Tsai nicht nur ein Partnerschaftsgesetz für gleichgeschlechtliche Paare auf den Weg und bemühte sich um die Aufarbeitung von Taiwans autokratischer Vergangenheit. Sie schaffte es auch, das Land weitgehend von der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Volksrepublik zu lösen und die Beziehungen zu Japan und den USA zu stärken. China reagierte auf die Weigerung Tsais, Beijings Ein-China-Prinzip anzuerkennen, derweil erneut mit militärischen Drohgebärden.

Die China-freundliche KMT hat sich, so scheint es, von einer Partei der Anti-Kommunisten hin zu einer Marionette der KPCh entwickelt. Sie wirbt damit, im Falle eines Wahlsieges im Januar, einen Friedensvertrag mit der Volksrepublik schließen zu wollen und auf das Ziel einer Vereinigung mit dem Festland hinzuarbeiten.

Schicksalswahl im Januar

Unter Xi Jinping, der sich in seiner Zeit als Gouverneur der Küstenprovinz Fujian eine gewisse Taiwan-Expertise aneignete, ist die KPCh mittlerweile von einfachen Drohungen und militärischem Muskelspiel zu direkter Wahlmanipulation im Stile Russlands übergegangen. Schon bei den taiwanischen Regionalwahlen im letzten November wurden viele auffällige Aktivitäten in den taiwanischen sozialen Netzwerken, wie z.B. Fake News verbreitende, von China aus gesteuerte Facebook-Gruppen und tausende Zombieprofile, beobachtet. Auch in den traditionellen Rundfunk- und Printmedien versorgte ein eng mit China zusammenarbeitendes Medienunternehmen den Kandidaten der KMT für das Amt des Bürgermeisters ununterbrochen mit positiver Berichterstattung. Dieser Kandidat gewann nicht nur überraschend die Wahl in einer traditionellen DPP-Hochburg, er ist mittlerweile auch zum Kandidaten der KMT für die Präsidentschaftswahlen

im Januar 2020 avanciert. Für viele jüngere Wähler, die mit einer starken taiwanischen Identität aufgewachsen sind, kommt die kommende Wahl daher einer Schicksalsentscheidung gleich. Soll man sich für kurzfristige wirtschaftliche Profite wieder China annähern? Oder ist es an der Zeit, Taiwans hart erkämpfte Demokratie gegen Chinas Autoritarismus zu verteidigen? Für viele ist die Situation in Hongkong zum Lackmustest für diese Frage geworden. „Heute Hongkong, morgen Taiwan“ ist das Motto vieler Solidaritätskundgebungen in der Hauptstadt Taipeh. Aber was kann konkret getan werden, um Taiwans und Hongkongs hart erkämpfte Freiheiten gegen China zu verteidigen? Einige Politiker argumentieren, Taiwan könne sich am besten schützen, indem es die Demokratisierung Chinas aktiv unterstütze. Ein frommer Wunsch, den bis heute auch viele Beobachter im Westen teilen. Wenn man im Falle Chinas überhaupt von politischem Wandel sprechen kann, so ist dieser mit Sicherheit nicht demokratischer Natur. Ganz im Gegenteil, spätestens seit der Machtübernahme Xi Jinpings fällt die Volksrepublik zurück in alte, totalitäre Muster. Der Hongkonger Soziologe Prof. Ho-fung Hung spricht gar von einer möglichen „Nordkoreanisierung“ Chinas.

Wir sollten also die Möglichkeit eines Regimekollapses in Betracht ziehen. Denn ein spontaner Zusammenbruch des chinesischen Regimes scheint derzeit wahrscheinlicher als die freiwillige Einleitung echter demokratischer Reformen.

Der Zerfall des autoritären Regimes

Politikwissenschaftliche Forschung hat gezeigt, dass der Untergang autoritärer Systeme meist mit vier spezifischen Symptomen einhergeht: der Atrophie der herrschenden Ideologie, der Erosion der Regierungsperformance, weitverbreiteter staatlicher Korruption und einem eskalierenden Machtkampf der politischen Eliten. Die Betrachtung zeigt, dass diese Symptome im heutigen China bereits vorhanden sind.

Ideologie

Spätestens im Jahr 2001, als der Vorsitzende Jiang Zemin erstmals offiziell die Aufnahme von Unternehmern und Kapitalisten in die Partei befürwortete, gab die KPCh endgültig ihren ideologischen Anspruch zur Errichtung einer kommunistischen Utopie, also einer herrschaftsfreien und klassenlosen Gesellschaft, auf. Zurück blieb nicht viel mehr als eine ideologische Hülle, wobei die

Partei auch weiterhin bei jedem Generationenwechsel der Führungsriege versucht, ihr mithilfe neuer Schlagworte neues Leben einzuhauchen. Jiang Zemin's „Vier Modernisierungen“ und Hu Jintao's „Wissenschaftlicher Ausblick auf die Entwicklung“ sind schon lange kein Thema mehr. Auch die Halbwertzeit von Xi Jinpings Ideen des „Sozialismus chinesischer Prägung im neuen Zeitalter“ wird sich beweisen müssen. Im Leben eines Großteils der Bevölkerung spielen diese Worthülsen schon lange keine Rolle mehr. Ideologie hat als Herrschaftslegitimation also mehr oder weniger ausgedient.

Performance

Aber wenn die kommunistische Ideologie ihre legitimierende Rolle verloren hat, woraus zieht die KPCh dann ihre Herrschaftslegitimation? Viele Wissenschaftler erklären dies mit Chinas Wirtschaftswachstum und dem allgemeinen Gefühl der Bevölkerung, dass man es durch harte Arbeit zu einem gesellschaftlichen Aufstieg bringen kann. In der Tat hat China in den letzten 40 Jahren einen beachtlichen Wirtschaftswandel von einer sozialistischen Planwirtschaft hin zu einem Staatskapitalismus vollzogen, der es hunderten Millionen Menschen ermöglicht hat, sich aus bitterer Armut zu befreien. Die Geschwindigkeit und Macht dieser Entwicklung hat allerdings auch eine Kehrseite: Die mit dem Wirtschaftswandel einhergehende Umweltzerstörung frisst nicht nur einen erheblichen Teil des erwirtschafteten Mehrwerts, sie sorgt auch für eine wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Wenn Partei und Staat nicht mehr in der Lage sind, ein stabiles Wirtschaftswachstum zu garantieren, dann kann dies die Legitimation der Regierung durchaus entscheidend untergraben.



Mahnmahl zum Gedenken an das Tiananmen-Massaker 1989 in Taipeh

„Ein spontaner Zusammenbruch des chinesischen Regimes scheint derzeit wahrscheinlicher als die freiwillige Einleitung echter demokratischer Reformen.“

Korruption

Eine der wichtigsten Ursachen für das Scheitern autoritärer Systeme ist staatliche Korruption. Sei es in der UdSSR, den ehemaligen Staaten des Ostblocks oder in Südamerika, korrupte Beamte und Unzuverlässigkeit des Staates haben einen großen Anteil am Unmut der Bevölkerung und dem Kollaps sozialistischer Systeme weltweit. Das ist den Behörden in Beijing nicht entgangen. Unter der Führung Xi Jinpings hat sich die Kommunistische Partei eine Entgiftungskur verordnet und geht hart gegen korrupte Kader vor. Dabei schreckt die neu reformierte Zentrale Disziplinarkommission der Partei auch nicht vor Parteigrößen zurück. Man wolle „sowohl Fliegen als auch Tiger erlegen“, heißt es aus dem Zhongnanhai-Regierungskomplex in Beijing, also keinen Unterschied zwischen kleinen Dorfkadern und mächtigen Parteibossen machen. Beobachter gehen allerdings davon aus, dass Xi die Kampagne auch dazu nutzt, parteiinterne Kritiker aus dem Weg zu räumen.

Machtkämpfe

Das bringt uns zum vierten Symptom: dem eskalierenden Machtkampf der politischen Eliten. Interne Interessenkonflikte und Machtkämpfe erzeugen Risse im politischen System, die wiederum politische Gelegenheiten für sozialen Protest und einen revolutionären Umsturz eröffnen. Tatsächlich musste sich Xi Jinping schon früh in seiner Amtszeit als Parteisekretär und Staatspräsident innerparteilichen Herausforderern stellen. Die öffentliche Entmachtung und Verurteilung Zhou Yongkangs, einem Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros, zuständig für innere Sicherheit, und damit dem drittmächtigsten Mann Chinas, nutzte Xi, um ein Exempel zu statuieren. Erst Jahre später wurde bekannt, dass Zhou und drei andere einflussreiche Kader und Militärs wohl bereits in den Vorbereitungen für einen Putschversuch gewesen sein könnten. Es heißt, dass Xi daraufhin seine Leibwache austauschen und die Rädelsführer sowie ihre Verbündeten

im Staats- und Parteiapparat festnehmen ließ. Bis heute halten sich hartnäckig Gerüchte, dass verschiedene Fraktionen innerhalb der Partei versuchen, Xi zu sabotieren. Jiang ist außer Xi Jinping die letzte lebende Parteigröße mit breiter Unterstützung im Parteiapparat. Sein Nachfolger Hu Jintao konnte seine Macht nie voll entfalten. Es heißt, selbst die neuesten Proteste gegen das Auslieferungsabkommen in Hongkong würden im Hintergrund von der Fraktion der Prinzinge, der Kinder ehemaliger Parteigrößen, unterstützt. Zwar können wir diese Gerüchte weder bestätigen noch widerlegen, dennoch zeigen sie, dass es innerhalb der Kommunistischen Partei heftig rumort. All diese Symptome weisen darauf hin, dass das politische System der Volksrepublik China im Zerfall begriffen ist. Laut dem Demokratisierungs- und China-Experten Prof. Minxin Pei vollzieht sich dieser Zerfall aber nicht linear und ist unumkehrbar. Falls es Xi gelingen sollte, die staatliche Korruption wirklich in den Griff und die Partei auf Linie zu bekommen, könnte das System also noch einige Jahre stabil bleiben.

Steht Chinas Kollaps kurz bevor?

Zwar konnte der genaue Zusammenhang zwischen dem langsamen Zerfall eines politischen Systems und dessen endgültigem Sturz bisher noch nicht wissenschaftlich belegt werden, allerdings kann laut Prof. Minxin Pei davon ausgegangen werden: Je länger ein autokratisches System an der Macht ist, desto fortgeschrittener ist sein Zerfall. Obwohl Einparteiensysteme im Vergleich zu anderen autokratischen Systemen, wie z.B. Militärjuntas, langlebiger sind, so können sie sehr wohl untergehen. Die längste Einparteiensystemautokratie der Geschichte war mit 74 Jahren die UdSSR. Zum Vergleich: Die Volksrepublik China feiert dieses Jahr ihr 70-jähriges Bestehen. Politischer Zerfall ist fast immer eine der Ursachen, aber nur selten der unmittelbare Auslöser eines endgültigen Systemzusammenbruchs. Oft ist es ein unerwartetes politisches oder wirtschaftliches Schockereignis, das ein Regime letztlich zu Fall bringt. Wir erinnern uns an die Massenproteste in Tunesien im Jahr 2010, die letztlich den arabischen Frühling auslösten, oder die Asiatische Finanzkrise, die 1998 zum Rücktritt des indonesischen Diktators Suharto führte. Auch militärische Fehlschläge können für Autokraten zur Gefahr werden. So löste etwa die Niederlage Argentiniens im Falklandkrieg Proteste aus, die schließlich das Ende der Militärregierung einläuteten. All diese Regime waren bereits im Endstadium politischen Zerfalls begriffen. Laut der Einschätzung von Prof. Minxin

Pei hat China diese Phase noch nicht erreicht. Eine abweichende Meinung vertritt der renommierte Sinologe David Shambaugh.

Noch vor Kurzem hatte Prof. Shambaugh stets die Stabilität und Belastbarkeit des chinesischen Regierungssystems hervorgehoben. Tatsächlich hat sich das chinesische Regime nach dem Tiananmen-Massaker als extrem belastbar erwiesen. Viele Beobachter waren fest davon ausgegangen, dass die KPCh nach den Ereignissen des 4. Juni ihre Herrschaftslegitimation verloren hätte und die Demokratisierung Chinas nur eine Frage der Zeit sei. Nach dem Massaker hatte der Westen China mit Wirtschaftssanktionen überzogen. Das war ein goldenes Zeitalter für Hongkonger und taiwanische Investoren.

Divide et impera – Teile und herrsche

Es mag heute widersprüchlich erscheinen, aber Hongkong und Taiwan hatten einen großen Anteil daran, dass das chinesische Regime nach 1989 das Ausbleiben westlicher Investitionen überlebte. Sie legten den Grundstein für Chinas wirtschaftlichen Aufschwung in den frühen neunziger Jahren, mit dem auch die Steuereinnahmen deutlich zunahmen. Der Einparteiensystem nutzte diese neuen Finanzmittel gekonnt, um den Polizei- und Sicherheitsapparat auszubauen und die im neuen Wirtschaftssystem sozial aufsteigenden Eliten zu vereinnahmen, sei es durch Investitionen in Bildungseinrichtungen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Wissenschaft oder durch Gehaltserhöhungen für Fachkräfte.

In den späten neunziger und frühen 2000er Jahren, dem Beginn des Internetzeitalters, errichteten diese massiven Investitionen auch eine Sicherheitsinfrastruktur im Netz. Der wohl bekannteste Aspekt dieser Politik ist die Great Firewall of China, die Chinesische Mauer des Internets, die bis heute ein Sechstel der Weltbevölkerung vom Rest des Internets und damit auch von freien Informationen über die chinesische Geschichte und politische Entwicklungen trennt.

Diese Strategie, einen Teil der Bevölkerung zu unterdrücken und einen anderen zu fördern, hat es der KPCh in den letzten 30 Jahren ermöglicht, eine organisierte Herausforderung des Systems zu verhindern, Unruhen im Keim zu ersticken und die Unterstützung der aufkommenden Mittelklasse für das System aufrechtzuerhalten. Diese zugegebenermaßen teure Strategie trägt bis heute zur Belastbarkeit des autoritären Regierungssystems der KPCh bei. Mit einem langsamer werdenden Wirtschaftswachstum und unter der Belastung des Handelskrieges

mit den Vereinigten Staaten macht sie das Regime allerdings auch anfällig.

Xi steht mit dem Rücken zur Wand

So argumentiert Prof. Shambaugh, dass das Ende der Herrschaft der KPCh bereits begonnen habe und weiter fortgeschritten sei, als vielen bewusst sei. Er geht davon aus, dass ein Regimewandel in China nicht geregelt und friedlich ablaufen werde. Ganz im Gegenteil: Der kommende Zusammenbruch des Systems werde vielmehr langwierig, chaotisch und gewalttätig. Gleichzeitig schließt Shambaugh aber auch einen Staatsstreich gegen Xi nicht aus, der sich mit seiner Anti-Korruptionskampagne viele Feinde in Partei und Militär gemacht hat. Wenn die Regierung aufgrund eines sich verlangsamenden Wirtschaftswachstums oder gar einer Rezession nicht mehr in der Lage sein sollte, den Auswirkungen der Umweltzerstörung durch massive Investitionen entgegenzuwirken, kann sich der Unmut der Bevölkerung schnell in Massenprotesten Bahn brechen.

Sollte sich das Regime in einer so tiefen inneren Krise befinden, dass es den Fokus der Öffentlichkeit auf einen äußeren Feind umzulenken gedenkt, besteht die Möglichkeit eines Überraschungsangriffs auf Taiwan. Sollte ein solcher Feldzug gegen die hochgerüstete Inselrepublik aber keine raschen Ergebnisse erzielen, dann könnte eine solche Strategie sehr schnell nach hinten losgehen und den Zorn der Bevölkerung über die Regierung noch vergrößern. Es ist so gut wie unmöglich, die Zukunft des chinesischen Regimes zu prognostizieren. Fakt ist aber, dass sich Beijing vielen inneren und äußeren Herausforderungen gegenüber sieht. Der reflexartige Rückfall in totalitäre Muster unter Xi Jinping ist nur ein Anzeichen dafür, dass die Parteiführung extrem besorgt ist. Im Moment steht die Mittelklasse noch weitgehend hinter ihrer Regierung. Aber sobald es an ihren kleinen Wohlstand oder ihre Lebensverhältnisse geht, ist auch von ihnen Widerstand zu erwarten.

// David Demes



DER AUTOR

David Demes ist Doktorand am Institut für Soziologie der National Tsing Hua University in Taiwan. Er forscht zu Politik und Gesellschaft des gegenwärtigen China.

„Man kann Menschenrechte nicht mit Menschenrechtsverletzungen schützen“.

Interview mit Roland Jahn, dem Mitbegründer der in der DDR oppositionellen Bewegung „Friedensgemeinschaft Jena“ und jetzigen Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen

Roland Jahn, geboren 1953 in Jena, ist Mitbegründer der oppositionellen „Friedensgemeinschaft Jena“, wurde 1982 wegen „staatsfeindlicher“ Aktivitäten in der DDR verurteilt, inhaftiert und nach vorzeitiger Freilassung 1983 von der Stasi gegen seinen Willen ausgebürgert. Von West-Berlin aus hielt er Kontakt zur DDR-Opposition, die ihn heimlich mit Informationen versorgte, und die er maßgeblich stützte: Er berichtete für ARD und ZDF über Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung in der DDR. Im Januar 2011 wurde er vom Deutschen Bundestag zum Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen gewählt und 2016 darin bestätigt. 2014 veröffentlichte Roland Jahn das Buch: „Wir Angepassten. Überleben in der DDR“, in dem er anhand eigener Alltagserfahrungen und ohne Schuldzuweisungen erklärt, wie sich die DDR-Diktatur 40 Jahre halten konnte. Anja Oeck sprach mit ihm über seine Vergangenheit, aber auch über mögliche Auswirkungen, die von der friedlichen Revolution in der DDR auf die heutige Situation der Tibeter in ihrem von China besetzten Land ausgehen können.

Welche Parallelen sehen Sie bei den Schwierigkeiten der Tibeter heute im von China annektierten Tibet zu den Ihrigen in der ehemaligen DDR?

Ich bin nun kein expliziter Tibet-Kenner und kann keine direkten Bezüge setzen, aber was mir immer wieder deutlich wird, ist, dass es um grundsätzliche Fragestellungen geht, die weltweit eine Rolle spielen und die immer wieder aufzeigen, wie wichtig es ist, dass Menschen den Glauben

an Freiheit und Selbstbestimmung nicht verlieren. Und mit der friedlichen Revolution haben wir in Deutschland ein Signal gesetzt, das weltweit zur Kenntnis genommen worden ist. Menschen haben in ihrem Drang nach Freiheit nicht aufgegeben und dafür gesorgt, dass die Mauer fällt. Das ist ein mutmachendes Symbol und kann Menschen in allen Ländern der Welt, wo Unterdrückung noch an der Tagesordnung ist, als Hoffnungszeichen dienen.



„Das Entscheidende ist für mich: Der Freiheitswille von Menschen ist nicht auf Dauer unterdrückbar. Menschen sind dazu geboren, frei zu sein. Und die Menschenrechte sind die Basis des Zusammenlebens, sowohl national als auch international.“

Die andere Parallele, die ich sehe, ist, dass es wichtig ist, dass unterdrückte Menschen nicht allein gelassen werden. Und da sehe ich schon Ähnlichkeiten zur heutigen Situation mit Tibet. Es sind meist nicht so viele, die gegenüber den Verantwortlichen des Unrechtes auch auftreten. In der aktuellen Politik ist die Auseinandersetzung mit Menschenrechtsverletzungen in China nicht an der Tagesordnung. Es wird business as usual gemacht, und natürlich ist es wichtig, dass es gute Kooperationen mit China gibt, aber mindestens genauso wichtig, dass man versucht, in kleinen Schritten den Menschen zu helfen, die unterdrückt werden. Und es gibt Fragestellungen, bei denen man unbedingt prinzipienfest sein muss und sich nicht dem Druck aus China beugen darf.

Wie haben Sie das gemacht, und wie sehen Sie das als praktikierbar, sich anzupassen und gleichzeitig zu rebellieren? Wenn das immer ein Gemisch ist, wie auch in Ihrem Buch „Wir Angepassten. Überleben in der DDR“ beschrieben, wie entscheide ich dann im einzelnen Moment, was zu tun ist?

Da gibt es keinen allgemeinen Maßstab. Es besteht immer die Gefahr, dass man mit dem Kopf gegen die Wand rennt und am Ende auf der Strecke bleibt, weil einen die Repression kaputtspielt, sowohl seelisch als auch körperlich. Es ist also immer ein Abwägungsprozess, was für ein Schaden eintritt, für mich persönlich, aber auch für die Familie, für Freunde und für die gesamte Situation. Also es ist wichtig, dass man sich manchmal taktisch verhält, auch wenn es darum geht, Mitstreiter zu gewinnen. Mit radikalen Positionen ist man oft einsam, verliert

die Möglichkeit, sich gemeinsam Mut zu machen und für Menschenrechte einzutreten. Aber die Taktik darf nicht dazu übergehen, dass man sich selber aufgibt, dass man seine Ideale verrät. Das sind schwierige Entscheidungen. In der Hinsicht sind die Erfahrungen, die wir in der DDR gesammelt haben, wichtig: sie weiter zu vermitteln, zum Beispiel den Streit zwischen Leuten, die in der DDR die Niederschlagung des Volksaufstands 1953 erlebt haben, wo am Ende die sowjetischen Panzer alles niedergewalzt haben, und jüngeren Leuten, die nicht von diesem Ereignis geprägt waren. Die haben einen radikaleren Weg gewählt. Am Ende kommt es darauf an, sich gegenseitig zu verstehen und keine Vorwürfe zu machen, dass jeder für sich entscheiden darf, inwieweit er Protest anmeldet und wie radikal er das tut.

Ich habe im Nachhinein gemerkt – eine ganz persönliche Sache –, dass wir oft zu klein gedacht haben, dass wir froh waren, wenn wir uns kleine Freiheiten erkämpft hatten, aber dass wir beispielsweise das ganze Grenzsystem der DDR einfach hingenommen haben. Wir hätten eigentlich jeden Tag in Berlin demonstrieren müssen gegen das, was diese Mauer ausdrückt, die Unterdrückung der ganzen Bevölkerung nämlich und die Bereitschaft dieses Systems, auf Menschen zu schießen wie auf Hasen. Ich maße mir aber nicht an, Widerstand von anderen einzufordern. Es ist immer die Frage: Wie kann man Angst überwinden und Menschen dazu bringen, dass sie gemeinsam die Kraft entwickeln sich dagegenzustellen. Das ist auch die Lehre aus 1989. Es hat in Leipzig und anderswo mit wenigen Demonstranten angefangen. Es wurden Leute weggefangen. Der Staat hat sich Einzelne



Roland Jahn protestierte in der DDR öffentlich und laut: links auf dem Pfingsttreffen der FDJ in Jena, rechts 1977 gegen seine erzwungene Exmatrikulation von der Universität Jena.



herausgepickt und die Repression so angewandt, dass es Wirkung hatte. Aber als es 70.000 waren, war das nicht mehr so einfach. Diese Entwicklung vom Einzel- zum Massenprotest hat damit zu tun, dass Menschen ihre Angst verlieren und eine Gemeinschaft bilden, die so viel Kraft hat, dass man offen auftritt gegen das System.

Da sind Sie genau bei meiner nächsten Frage angelangt: Wie kann man eine so übermächtige Diktatur stürzen? Welche Zutaten und Gegebenheiten braucht es, damit so etwas gelingt?

Man sollte sich vor Verallgemeinerungen hüten, auch davor, Erfahrungen aus dem einen Land direkt auf das andere zu übertragen. Es geht eher darum, die Erfahrungen zur Kenntnis zu nehmen und zu schauen, was man für sich daraus nutzen kann. Oft ist es die Hoffnung, die man mitnimmt. Aber in den Einzelfragen: Wie verhält man sich? Wann ist was taktisch angemessen, um einen Prozess voranzutreiben? Das ist sowohl von der speziellen Situation abhängig als auch von den Menschen, wie sie ihre Haltung umsetzen können. Da etwa einzufordern: „Schau, die haben es damals so gemacht, Ihr könnt es doch auch so machen!“, das geht nicht. Ein revolutionärer Prozess hat mit extrem vielen Fakto-

ren zu tun. Wenn ich das auf die DDR und die friedliche Revolution beziehe, gab es da viele Akteure, bestimmte Rahmenbedingungen, die bestimmte Freiräume geschaffen haben. Wenn ich allein die Entwicklung der Sowjetunion unter Gorbatschow anschau oder die Entwicklung in Osteuropa – Solidarnosc in Polen oder die Reformen der kommunistischen Partei in Ungarn –, das alles sind Entwicklungen, die Einfluss genommen haben. Und natürlich in der DDR: die Ausreisebewegungen, die Diskussionen in den verschiedenen Oppositionsgruppen... Wenn nur ein Faktor gefehlt hätte oder ein anderer dazu gekommen wäre, hätte alles anders verlaufen können. Wenn einer der Polizisten bei den Massendemonstrationen durchgedreht wäre und geschossen hätte, dann wissen wir nicht, wie es ausgegangen wäre. Das Entscheidende ist für mich: Der Freiheitswille von Menschen ist nicht auf Dauer unterdrückbar. Menschen sind dazu geboren, frei zu sein. Und die Menschenrechte sind die Basis des Zusammenlebens, sowohl national als auch international. Und das gilt sowohl für die Vergangenheit als auch für die Zukunft unserer Gesellschaft. Das Entscheidende ist, dass dieser Freiheitsdrang irgendwann aufbricht. Man kann Rahmenbedingungen schaffen, damit der Freiheitsdrang sich Bahn brechen

kann. Das heißt: international immer wieder Menschenrechte anzumahnen, in der Staatengemeinschaft darauf zu achten, dass die Menschenrechte zählen, auch wenn man sich in allen anderen Fragen durchaus streiten kann.

Und wie sehen Sie die Lage der Tibeter heute, wenn Sie sich da ein Urteil erlauben wollen?

Davor hüte ich mich, ich stecke nicht tief genug in der Materie. Ich erfahre wie jeder Bundesbürger hin und wieder etwas und bin erschrocken über die Nachrichten. Es ist wichtig, dass wir Informationen darüber bekommen, was an Unrecht und an Menschenrechtsverletzungen geschieht. Auch das beschreibt eine Diktatur, dass sie versucht, Informationen zu unterdrücken. Was man erfährt, ist schockierend, in welcher Art und Weise ein System friedfertige Menschen oder einzelne Menschengruppen unterdrückt. Und das in Zeiten, wo die Völkergemeinschaft eigentlich viele große Herausforderungen hat, bei denen man gemeinsam an einem Strang ziehen müsste und die Unterdrückung von Menschen eigentlich der Vergangenheit angehören sollte.

Wie schätzen Sie das Potenzial der Proteste jetzt in Hongkong ein?

Auch Hongkong zeigt, welche Gefahren bestehen, wenn man einem kommunistischen System gegenüber zu gutgläubig ist, man zum Beispiel denkt, in einem Land mit zwei Systemen leben zu können. Das ist naiv. Ich denke, damit wird verkannt, dass die kommunistische Ideologie menschenfeindlich ist, obwohl sie genau das Gegenteil vorgibt. Wenn das Individuum unterdrückt wird, um für eine Partei die Macht zu stützen, steht das komplett im Gegensatz zum Ansatz einer liberalen, demokratischen Gesellschaft. Ein Land mit zwei Systemen funktioniert nicht, zumindest nicht, wenn eines ein kommunistisches ist. Gerade in Hongkong zeigt sich für mich auch, dass die Weltgemeinschaft diese Drohgebärden von China und die Gewalt gegen Demonstranten nicht hinnehmen kann. Allein der Gedanke an das Vorhaben, Menschen an das kommunistische China auszuliefern, kann nicht hingenommen werden. Hier geht es um die Grundwerte der Demokratie: Rechtsstaatlichkeit, die Selbstbestimmung sowohl des Individuums als auch von Menschengruppen. Das sind wesentliche Elemente, die verankert sein müssen. Demokratie selbst ist ein Prozess, den es weiterzuentwickeln gilt, und immer wieder muss die Partizipation der Menschen gewährleistet werden. Die Qualität einer Demokratie erkennt man auch daran, wie sie mit Minder-

„Ein Land mit zwei Systemen funktioniert nicht, zumindest nicht, wenn eines ein kommunistisches ist.“

heiten umgeht, dass sich eine Mehrheit nicht einfach über eine Minderheit hinwegsetzen kann. Das wäre dann keine Demokratie. Demokratie heißt, dass die verschiedenen Interessen eines Volkes mit zum Tragen kommen. Deswegen sind Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit die Grundlagen dafür, dass Demokratie funktionieren kann.

Das bedeutet dann auch längere Konflikte und Auseinandersetzungen ...

Richtig, aber die Grundrechte sind die Voraussetzungen dafür, dass diese Konflikte in einer Art und Weise geführt werden, dass die Menschenwürde geachtet wird. Achtung der Menschenwürde, Grundrechte, Meinungsfreiheit, Presse- und Informationsfreiheit müssen gesichert sein, damit Demokratie überhaupt lebendig gestaltet werden kann.

Würden Sie sagen, dass ein kommunistisches System per se die Potenziale Einzelner nicht nur kappt, sondern, weil alles systemtreu sein soll, sogar verhindert?

Ich denke schon, dass die Geschichte bewiesen hat, dass die kommunistische Ideologie menschenverachtend ist, weil kein demokratischer Prozess gestaltet wird. Wir haben in der DDR gewitzelt: „Für die DDR gilt, im Mittelpunkt steht der Mensch, aber nicht der Einzelne.“

Sie meinen, der Mensch als Abstraktum ...

Ja. Das ist so bezeichnend. Man hat sozusagen vorgegeben, man sei eine menschliche Gesellschaft, und der Mensch als Abstraktum stehe im Mittelpunkt. Aber konkret hieß das, dass der Einzelne, das Individuum missachtet wurde. Für mich ist es in einer demokratischen Gesellschaft genau andersherum: Nur die Achtung

des Individuums kann im Ergebnis dazu führen, dass der Mensch insgesamt geachtet wird. Oder: Man hat in der DDR immer vorgegeben, dass alles getan wurde, um die Menschenrechte zu schützen. Aber so einfach die Aussage klingt: Man kann Menschenrechte nicht mit Menschenrechtsverletzungen schützen. Allein das Grenzsystem der DDR, das „Bollwerk für den Frieden“, ein „antifaschistischer Schutzwall“, ist ein Unding. Angeblich wollte man den Sozialismus damit in Ruhe aufbauen können für eine menschengerechte Gesellschaft. Aber allein die Existenz dieser Mauer hat gezeigt, dass man Menschenrechtsverletzungen begeht, um so dann angeblich Menschenrechte zu schützen. Dieser Widerspruch zeigt, dass das nur Propaganda und am Ende menschenverachtend war. In der Hinsicht machen die konkreten Erfahrungen aus der DDR deutlich: Der Maßstab der Menschenrechte ist ein allgemeingültiger, auf den man sich in der Welt geeinigt hat. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte ist eine Grundlage, auf der man alle Auseinandersetzungen führen kann, auch die, wie eine Gesellschaft zu gestalten ist. Und letztlich bin ich erschrocken, wie viele Menschen dem Sozialismus

und Kommunismus geglaubt haben, der Sozialismus könne eine gerechte Gesellschaft verwirklichen, mich mit einbezogen. Wenn man sich die Verfassung der DDR anschaut, in der festgeschrieben ist, dass eine Partei die führende Rolle hat, kann das zu keiner gerechten Gesellschaft führen.

Zu glauben, dass man sich abschotten kann ...

Genau, das sind Gruppenegoisten, die immer wieder deutlich machen: Das Individuum bleibt auf der Strecke. Und wer das Individuum, die Würde des einzelnen Menschen nicht achtet, wird mit seinem Gesellschaftssystem scheitern, weil Individuen auf Dauer immer wieder nach Freiheit und Respekt streben werden ...

// Anja Oeck

Dies ist nicht das ganze Interview. In voller Länge können Sie es ab dem 9.11.2019 auf unserer Website lesen unter: www.tibet-initiative.de/aktuelles

2. September

Tibetischer Tag der Demokratie

Im alten Tibet gab es drei Säulen der Macht: den Dalai Lama, die Mönche und den Adel. Demokratische Entscheidungsfindung, Gewaltenteilung oder Wahlen waren der Gesellschaft fremd, und nur kleine Gruppen stellten Forderungen in diese Richtung. Nach den großen Zerstörungen und der Flucht des Dalai Lama 1959 blieb den Tibetern nur im Exil die Möglichkeit einer selbstbestimmten Entwicklung.

Während die wirtschaftliche Versorgung der Exil-Gemeinden, die Ausbildung der Flüchtlingskinder sowie die Wahrung der spirituellen Tradition – so unumstritten sie waren – viel organisatorisches Geschick erforderten, wandte sich der Dalai Lama schon bald nach seiner Ankunft in Indien einer weiteren Herausforderung zu, die auf noch weniger Unterstützung innerhalb der tibetischen Gesellschaft stieß: die Demokratisierung der politischen Strukturen. Häufig behauptet er von sich, er sei ein „Halbmarxist“, weil er von der Gleichheit aller Menschen zutiefst überzeugt ist.

Die Ablehnung der Religion durch die Marxisten teilt er allerdings nicht. Dies Bekenntnis ist keine Koketterie oder Anbiederei. Bereits im alten Tibet hatte der Dalai Lama Reformen eingeleitet, mit denen die Bauern aus der Schuldknechtschaft befreit wurden.

Ausgerechnet die schwierige Situation im Exil eröffnete die Chance, die tibetische Gesellschaft grundlegend umzugestalten, wie der 2018 verstorbene Tsewang Norbu einmal verdeutlicht hat: „Ein Teil der konservativen geistlichen und weltlichen Machtelite Tibets war entweder freiwillig in Tibet zurückgeblieben, oder ihm war die Flucht ins Ausland verwehrt worden. Hinzu kam, dass viele von ihnen den Schock des Untergangs ihrer Welt nicht verkraften konnten. So ist es diesem tragischen Umstand zu verdanken, dass der weltoffene junge 14. Dalai Lama im Exil freie Hand für seine Reformvorhaben hatte.“

Dank seiner Autorität setzte der Dalai Lama durch, dass Mitglieder aus den drei tibetischen Provinzen Amdo,



Im Parlamentsgebäude mit dem derzeitigen Parlamentspräsidenten der tibetischen Exilregierung, Pema Junney.

Kham und U-Tsang sowie den vier wichtigen Schulen des Buddhismus als eine Art erstes Parlament (tib. Chithui) gewählt wurden. Diese zunächst zwölf Personen traten am 2. September 1960 zum ersten Mal als „Kommission der Abgeordneten des Tibetischen Volkes“ zusammen. Seitdem gilt der 2. September für die Tibeter als „Tag der Demokratie“. Das Parlament wurde bald um Repräsentanten der Bön-Religion und später um weitere Mitglieder erweitert. Heute gehören ihm 43 Abgeordnete an, die alle fünf Jahre in schwierigen, geheimen und direkten Wahlen aus allen Exil-Gemeinden weltweit gewählt werden. Das Parlament tagt jedes Jahr für jeweils etwa zwei Wochen im März und im September. Aus dem alten Tibet wurde der Kashag übernommen, das Kabinett, das heute sieben Ministerien umfasst:

- **Religiöse und kulturelle Angelegenheiten**
- **Innere Angelegenheiten**
- **Erziehungs- und Bildungswesen**
- **Finanz- und Wirtschaftswesen**
- **Gesundheitswesen**
- **Sicherheit**
- **Information und internationale Beziehungen**

Eine Basis fanden die Veränderungen in einer provisorischen Verfassung, die am 10. März 1963 – dem 4. Jahrestag des Volksaufstandes in Lhasa – verabschiedet wurde. Sie wurde am 14. Juni 1991 um eine Exil-Charta erweitert. Und seit 2001 wählen die Gemeinden den Regierungschef im Exil, den Sikyong (bis 2011 Kalon Tripa), direkt. Innerhalb der Verwaltung existiert nach klassischem europäischen Vorbild sogar die Gewaltenteilung, denn im März 1992 setzten die Tibeter eine Oberste Justizkommission (tib. Khrimzhib Khang) ein. Sie dient dazu, die Erlasse

des Exil-Parlaments im Zweifelsfall zu überprüfen, und kann bei internen Streitigkeiten angerufen werden, eine Art Zivilrecht also.

„Zwölf Personen traten am 2.9.1960 zum ersten Mal als ‚Kommission der Abgeordneten des Tibetischen Volkes‘ zusammen.“

Die tibetische Justizkommission funktioniert aber anders als das indische Justizwesen und kann bei internen Streitigkeiten angerufen werden. Sie ist also für eine Art Zivilrecht zuständig, hat aber keine Verfügungsgewalt. Um die chinesische Regierung nicht zu provozieren, sprechen die Verantwortlichen zumeist von der Central Tibetan Administration (CTA) statt von der „Regierung im Exil“.

Die meisten Tibeter begegneten den Reformen lange mit Skepsis – aus Angst, der Dalai Lama könne dadurch seine Führungsrolle verlieren. Doch im Laufe der Zeit haben sich diese neuen Werte im Bewusstsein der Menschen verankert. Davon zeugt nicht zuletzt die ständig wachsende Wahlbeteiligung. So hat der Tag der Demokratie am 2. September seine Bedeutung.

// Klemens Ludwig

Demokratischer Frühling in China?

Podiumsdiskussion in der Berliner Gethsemanekirche

Zum 30. Mal jährte sich dieses Jahr das Massaker am Tiananmen-Platz in Peking. Dort und in den Nebenstraßen hatte am 3. und 4. Juni 1989 das chinesische Militär Studentenproteste gewaltsam niedergeschlagen. Angaben zu den Todesopfern schwanken zwischen einigen hundert bis hin zu über 10.000. Die chinesische Regierung hält sich bedeckt. Ein Grund mehr, das traurige Ereignis nicht in Vergessenheit geraten zu lassen!

Aus diesem Anlass veranstalteten wir in der für die Friedliche Revolution von 1989 bedeutungsvollen Gethsemanekirche in Berlin eine Podiumsdiskussion unter dem Motto „Demokratischer Frühling in China – Berechtigte Hoffnung oder hoffnungsloser Fall?“ Mit uns diskutierten die Bundestagsabgeordnete Margarete Bause (Bündnis 90/Die Grünen), Kai Strittmatter (Journalist und Autor von „Die Neuerfindung der Diktatur“), Roland Jahn (ehemaliger DDR-Bürgerrechtler und heutiger Leiter der Stasi-Unterlagen-Behörde BStU) und Thierry Dodin (Tibetologe von der Universität Bonn). Sie blickten zurück und sprachen über heutige Chancen und Hürden für Tibet – auch in Tibet herrschte kurz vor dem Massaker in 1989 Kriegsrecht aufgrund von Protesten gegen die dortige Unterdrückung. Mit dem Massaker der chinesischen Studentenproteste und dem deutschen Mauerfall stehen zwei historische

Ereignisse nebeneinander – eines, das in China immer noch totgeschwiegen wird, und eines, das uns mit Hoffnung an das Ende des Kalten Krieges erinnert. Doch auch wenn die dramatischen Ereignisse am „Platz des Himmlischen Friedens“ einen bitteren Nachgeschmack ließen, so schallte doch Hoffnung durch die Diskussionsrunde: Das heutige China sei längst nicht mehr das von 1989 – Kai Strittmatter klärte über die Schwierigkeiten bei allumfassender digitaler Staatskontrolle in Tibet auf. Thierry Dodin schloss sich der Meinung von Liu Xiaobo, Friedensnobelpreisträger und einer der Aktivisten der Tiananmen-Proteste, an und sagte: „Es wird erst ein besseres Tibet geben, wenn es ein besseres China gibt.“ Und dennoch – das letzte Wort war noch nicht gesprochen! Roland Jahn machte deutlich, dass Tibets Lehre aus der DDR-Bürgerrechtsbewegung sei, nicht aufzugeben. Unterstützung für Tibet lebt weiter, auch im Bundestag, wie Politikerinnen wie Margarete Bause beweisen, die sich für Menschenrechte einsetzen und Themen wie Tibet oder Ostturkestan nicht unter den Tisch kehren: „Die Menschenrechte müssen die Wertebasis für jeden Umgang mit China sein, sie dürfen nicht nebenherlaufen.“

// Axel Grafmanns



Podiumsdiskussion mit Roland Jahn, Margarete Bause, Axel Grafmanns, Thierry Dodin und Kai Strittmatter (v.l.n.r.).



Ganz unterschiedliche Feiern:

Zum 84. Geburtstag des Dalai Lama Karten an die chinesische Botschaft

Am 6. Juli wurde der Dalai Lama 84 Jahre alt. Ein Grund, seiner zu gedenken, ihn zu feiern und dabei zu unterstützen, wofür er sich einsetzt. Deswegen haben wir deutschlandweit dazu aufgerufen, Dalai-Lama-Geburtstagskarten an die chinesische Botschaft zu senden. Wir wollten die chinesische Regierung daran erinnern, endlich einen konstruktiven Dialog mit der tibetischen Exilregierung einzugehen. Stattdessen verteuft sie das spirituelle Oberhaupt der Tibeter weiterhin – jegliche Annäherungsversuche waren bisher an mangelnder Kooperationsbereitschaft vonseiten Chinas gescheitert.

In Tibet darf der Geburtstag des Dalai Lama nicht gefeiert werden. Selbst Nepal hat dieses Jahr auf chinesischen Druck hin erstmalig öffentliche Feiern verboten. Dennoch gab es weltweit zahlreiche Veranstaltungen. Wir waren in Berlin auf dem Fest vom Verein der Tibeter in Deutschland, wo es lebhaft zugeht. Tibeter aus ganz Deutschland

waren angereist und eröffneten das Fest mit einer Langlebenszeremonie für den Dalai Lama. Traditionelle tibetische Kreistänze und Spiele folgten. Die Geburtstagstorte unter den vielen Köstlichkeiten war ein besonderer Gaumenschmaus.

Auch wenn der Dalai Lama behauptet, in seinen Träumen werde er 113 Jahre alt, so gibt es schon seit einigen Jahren doch immer wieder Sorgen um seine Nachfolge. Mittlerweile hat es China zum Gesetz gemacht, die nächste Reinkarnation des Dalai Lama zu bestimmen. Einen der Kommunistischen Partei wohlgesonnenen „Dalai Lama“ würden die Tibeter jedoch nicht anerkennen. Wir jedenfalls werden weiterhin unser Bestes geben, damit der Dalai Lama spätestens seinen 113. Geburtstag wieder in seiner Heimat Tibet feiern kann.

// Sarah Schäfer

Internationaler Tag zur Unterstützung der Folteropfer:

Mahnwache vor der chinesischen Botschaft

Solidarität mit Folteropfern: Jährlich wird darauf an einem Tag im Sommer international aufmerksam gemacht. Am 26. Juni haben wir dieses Jahr gemeinsam mit unserer Berliner Regionalgruppe und Tibet-UnterstützerInnen eine Mahnwache vor der chinesischen Botschaft gehalten. Die Idee stammte von unseren Aktiven in Berlin. So nutzten wir den „Internationalen Tag zur Unterstützung der Folteropfer“ und präsentierten vorbeigehenden Passanten und Mitarbeitern vor dem chinesischen Botschaftsgebäude mit Reden und einer Wandzeitung Fälle einzelner Folteropfer in Tibet.

Trotz nahezu tropischer Temperaturen und beschränkter Kooperationsbereitschaft der Polizei vor Ort glückte unser Protest für Tibet. Wir mussten unseren Lautsprecher von der Botschaft weghalten, so die Forderung der Polizei, damit die Botschaft nicht gestört würde. Diese Art von „Regelung“ war leider nichts Neues und zeigte, wie die chinesische Regierung sogar in westlichen Demokratien subtil, aber erfolgreich Gehorsam von Sicherheitspersonal einfordert. Gestört haben wir trotzdem, denn auch in die entgegengesetzte Richtung haben wir lautstark Geschichten

über Folter in Tibet erzählt, welche zu den grauenvollsten Arten der Menschenrechtsverletzungen in Tibet seit nun fast 70 Jahren zählen.

Unzählige Tibeter und Tibeterrinnen wurden und werden weiterhin aufgrund ihrer friedlichen Meinungsäußerung inhaftiert und müssen unmenschliche und demütigende Misshandlungen der chinesischen Sicherheitskräfte über sich ergehen lassen. Viele sterben daran. Ob Elektroschocks, „Tigerstühle“ oder auch psychische Folter wie Todesdrohungen – in ihrer Heimat, dem besetzten Tibet, werden Tibeter weiterhin zu Untermenschen degradiert. Direkte Folter oder die Verweigerung medizinischer Versorgung bei Krankheit in Gefängnissen: Das Leid hinter den Gefängnisgittern in Tibet wird systematisch unter den Tisch gekehrt. Aber wir wissen von Zeugen wie Golog Jigme oder dem im letzten Jahr verstorbenen Mönch Palden Gyatso, was wirklich passiert, wenn Tibeter eingesperrt werden. Und deshalb bleiben wir nicht still – egal, in welche Richtung der Lautsprecher zeigt!

// Sarah Schäfer.



Am internationalen Tag zur Unterstützung der Folteropfer demonstrieren Aktive in Berlin für die Freilassung der vielen zu Unrecht inhaftierten Tibeter in chinesischen Gefängnissen.



Tibet-Fahnen am chinesischen Pavillon der Gärten der Welt in Berlin-Marzahn. Die Mitglieder der Tibet Initiative zeigen Präsenz.

Mitgliederversammlung 2019

Tibetische Fahnen im Chinesischen Pavillon

Tibetische Fahnen im chinesischen Pavillon der Gärten der Welt in Berlin-Marzahn: Wie das? Als Abschluss von Tag eins der Mitgliederversammlung bei der Tibet Initiative Deutschland in Berlin gingen die Teilnehmer zusammen ins Grüne und zeigten symbolisch Präsenz vor dem chinesischen Pavillon. Auf der Agenda standen daneben die jährlichen Berichte, der Abschied ehemaliger Mitarbeiterinnen, die Begrüßung des neuen Teams der Geschäftsstelle und ein Gastvortrag des Journalisten Felix Lee. Am Samstag, dem 18. Mai, eröffnete der Vorstandsvorsitzende Wolfgang Grader die Versammlung vor rund 50 Mitgliedern der Tibet Initiative sowie einigen Interessierten.

Zunächst stand die zeremonielle Aufnahme dreier neuer Mitglieder auf der Tagesordnung, im Anschluss stellte sich dann das neue Team der Geschäftsstelle vor. Mit Sonja Finkbeiner verabschiedete sich ein langjähriges Vorstandsmitglied. Außerdem wurde die erfolgreiche Arbeit bis Dezember 2018 der langjährigen Geschäftsführerin Nadine Baumann gewürdigt. Ein Rückblick ins Jahr 2018 zeigte noch einmal: Gemeinsam wurde viel erreicht, vom Besuch des Dalai Lama in Darmstadt bis zu den Erfolgen bei der UN-Arbeit. Solche Meilensteine zeigen: Wir haben Erfolg, wenn wir dranbleiben und alle mit anpacken.

Geschäftsführer bei den Regionalgruppen Nord

Wer ist der neue Geschäftsführer? Diese Frage brannte vielen Aktiven unter den Nägeln. Denn: Nur gemeinsam sind wir stark! Und so machten sie sich aus Göttingen, Bremen, Hamburg, Hildesheim und anderen Regionen Norddeutschlands am 22. Juni auf den Weg nach Bremen. Dort fand das erste Kennenlernen mit Axel Grafmanns statt.

Analog zum Treffen Süd arbeiten die Teilnehmer auch hier an der Zukunft der Tibet Initiative. Dabei werfen sie durchaus auch kritische Blicke auf die Vergangenheit. Was lief gut, was muss anders werden? Fragen, die Graf-

manns in seiner neuen Tätigkeit begleiten werden. Auch ein Ausblick auf die Inhalte der Zukunft gehörte dazu. „Besonders die sogenannte Neue Seidenstraße oder der Klimawandel am Dritten Pol sind hochaktuelle Themen, die in unsere Arbeit einfließen müssen“, sagte Grafmanns. Bewährtes voneinander zu lernen und die Bereitschaft, sich weiterzuentwickeln, prägten den lebendigen Tag in Bremen.

// Anja Oeck



Gruppenbild mit Diktator: Die Tibet Initiative feiert Geburtstag vor der chinesischen Botschaft in Berlin.

Bunter denn je:

30 Jahre Tibet Initiative Deutschland

Es dauerte lange, bis die zaghafte Liberalisierung, die nach dem Tode Mao Tse-tungs 1976 und der Entmachtung seiner radikalen Nachfolger in Peking eingeläutet worden war, auch Tibet erreichte. Zu Beginn der 1980er Jahre durften die ersten Reisegruppen – zumeist aus dem Umfeld der deutsch-chinesischen Freundschaftsgesellschaft – in das Land, und 1984 wurde Tibet endlich auch für Einzelreisende geöffnet. In den Jahren 1987 bis 1989 demonstrierten die Tibeter erstmals seit dem großen Volksaufstand von 1959 wieder gegen die chinesische Herrschaft.

Die 1980er Jahre waren nicht nur Zeiten des Aufbruchs in Tibet, sondern auch Zeiten, in denen Tibets Schicksal zahllose Menschen bewegte, wie sich die Tibet-Aktivistin Birgit Arens aus Bonn heute noch lebhaft erinnert: „Die Begeisterung und der Idealismus waren grandios und ansteckend. Wir waren überzeugt, wirklich etwas für Tibet bewegen zu können.“ Birgit Arens gehört zu denen, die vor 30 Jahren die Tibet Initiative Deutschland aus der Taufe gehoben haben: „Es begann alles mit einer Fotoausstellung und einem Diavortrag von Helfried Weyer am 10.

März 1989 in der Aula des Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasiums in Bonn. Hunderte Interessenten waren gekommen. Sie wollten sich nicht nur informieren, sondern auch engagieren.“ Auch der Verein der Tibeter in Deutschland, der diese Veranstaltung organisiert hatte, war von der Resonanz sichtlich überrascht. Um den Aufbruch nicht verpuffen zu lassen, wurden spontan Unterstützer-Listen ausgelegt, 54 Namen fanden sich am Ende auf der Liste. Nur wenig später, am 8. April 1989, fand die erste Versammlung bei Kaffee und Kuchen in Hennef-Uckerath statt. 30 Personen waren erschienen, darunter Kelsang Gyaltsen, damals Leiter des Tibet-Büros in der Schweiz. Eine zunächst noch informelle Arbeitsgruppe Tibet wurde gegründet. Aber allen war klar, „dass die Euphorie eine organisatorische Basis benötigte“, wie Birgit Arens bekräftigt. Zunächst jedoch lenkte ein Großereignis im Deutschen Bundestag die Aufmerksamkeit auf Tibet: Die Grünen-Abgeordneten Petra Kelly und Gert Bastian organisierten eine internationale Tibet-Anhörung, die am 20. und 21. April 1989 im Bonner Bundestag stattfand und ihre Wirkung weit über Deutschland hinaus entfaltete.

Derweil wurde das Wohnzimmer von Birgit Arens zum Anlaufpunkt für den Bonner Kreis. Am 8. August 1989 schließlich fand dort die feierliche Zeremonie zur Gründung der Tibet Initiative Deutschland (TID) statt, an der 13 Personen teilnahmen. Zum 1. Vorsitzenden wurde Rudolf Becker gewählt, ihm standen Palden Tawo als 2. Vorsitzender, Ursula Hansen als Beisitzerin sowie Helga Fuhrmann als Schatzmeisterin zur Seite.

„Palden Tawo und Tsewang Norbu waren damals die Motoren“, resümiert Birgit Arens. „Mit ihren Appellen, dass die Tibeter uns brauchen, haben sie uns fortan sehr motiviert. Wir waren richtig elektrisiert, schmiedeten Pläne für große Aktionen, ohne unspektakuläre organisatorische Herausforderungen zu vernachlässigen, die unverzichtbar sind, wenn ein Verein auf solide Füße gestellt werden soll.“ Politisches Engagement konnte langfristig jedoch nicht allein auf Ehrenamtlichkeit basieren. So wurden zu Beginn der 1990er Jahre die Strukturen weiter professionalisiert. Damals hatten zahlreiche zu Asien arbeitende Vereine mit Hilfe einer Stiftung in Essen das ehemalige Verwaltungsgebäude der Zeche Zollverein erworben, das als Asienhaus zu einem Zentrum der deutschen Asienarbeit umfunktioniert werden sollte. So verlegte der Vorstand der TID den Vereinssitz 1994 nach Essen.

Das erste Großereignis fand am 6. Mai 1995 statt: Kurz nach dem Einzug in das Asienhaus besuchte der Dalai Lama die TID. Die mediale und sonstige öffentliche Resonanz war überwältigend und somit ein guter Start für die TID an ihrer neuen Wirkungsstätte. Es war der erste von zahlreichen Besuchen des tibetischen Oberhauptes bei der TID, die im Laufe der Zeit immer größere Dimensionen

„Im Wohnzimmer von Birgit Arens fand am 8. August 1989 schließlich die feierliche Zeremonie zur Gründung der Tibet Initiative Deutschland statt.“

annahmen bis hin zu seinem letzten Besuch im September 2018 in Darmstadt (siehe Brennpunkt Tibet 2019-1). Der Schwerpunkt der Aktivitäten blieb nach 1995 jedoch weiter in der damaligen Bundeshauptstadt, denn dort fanden die politischen Großereignisse statt. Die Staatsbesuche von Chinas Ministerpräsident Li Peng (1994) und Staatspräsident Jiang Zemin (1995) wurden von der TID mit massiven Protesten gegenüber dem Bundeskanzleramt an der Adenauerallee sowie vor der chinesischen Botschaft in Bad Godesberg begleitet.

Nachdem Berlin seit dem 3. Oktober 1990 die Rolle der Bundeshauptstadt übernommen hat, zog die TID die Konsequenzen aus diesem politischen Wandel und verlegte 2001 ihre Geschäftsstelle in das Berliner Haus der Demokratie und Menschenrechte. Dieser Ort ist zur neuen Drehscheibe für die Tibet-Bewegung geworden.

// Klemens Ludwig

DIE TIBET INITIATIVE DEUTSCHLAND FEIERT GEBURTSTAG!

Tibet ist frei – Der Traum lebt! Alles nur Fiktion? Unseren 30. Geburtstag nutzen wir zur Demonstration für ein freies Tibet – wovon tausende Tibeter träumen. Luftballons, Tibet-Flaggen und gute Stimmung! Am 8. August ging es zum Geburtstag der Tibet Initiative Deutschland vor der chinesischen Botschaft in Berlin hoch her. In Reden bedankte sich Kampagnen- und Medienreferentin Sarah Schäfer für „die Rückkehr des Dalai Lama nach Tibet“, und Vorstandsmitglied Julia Kirchner betonte: „Es freut uns sehr zu hören, dass die über 2000 politischen Gefangenen auch endlich wieder frei sind“.

Zum Ereignis war der „Staatspräsident“ der VR China, Xi Jinping, „höchstpersönlich“ angereist, um Geschäftsführer Axel Grafmanns ein Geschenk zu überreichen: Die Menschenrechte und Selbstbestimmung für Tibet! Einen Tag vorher hatten wir einen fiktiven tibetischen Botschafter in Berlin-Tegel begrüßt. Die Ankunft verbreitete sich per Video. Und das eigentliche Geburtstagsvideo unter Mitwirkung der Regionalgruppen hatte allein auf Facebook eine Reichweite von 35.000 Personen.

Folgen auch Sie uns auf Facebook unter:

www.facebook.com/tibetinitiative

Warum die Hongkonger Proteste so groß wurden

// von David Missal

Seit Monaten halten Massenproteste Hongkong in Atem. Dass die Proteste gegen ein geplantes Auslieferungsgesetz sich zu Massendemonstrationen mit Millionen von Protestierenden entwickelten, hat kaum jemand geahnt. Zwar war in den letzten Jahren gerade unter jungen Menschen eine gewisse Unzufriedenheit zu spüren, es herrschte aber das grundsätzliche Gefühl vor: Demonstrieren bringt ja eh nichts! Überraschend kam diese Entwicklung offenbar auch für die Hongkonger Regierung. Hätte Regierungschefin Carrie Lam das Auslieferungsgesetz zurückgezogen, als nur 10.000 oder auch 100.000 Menschen auf die Straße gingen, dann wäre es vermutlich nicht zu Millionenprotesten gekommen. Und auch nicht zu den gewaltsamen Ausschreitungen der vergangenen Wochen. Ganz offensichtlich unterschätzte Hongkongs Regierung die Symbolkraft des Gesetzes: Die Angst, an China ausgeliefert werden zu können, war real. Die Uneinsichtigkeit der Hongkonger Führung hat diese Angst noch verstärkt. Die Menschen folgerten daraus, dass etwas Grundlegendes passieren muss: echte demokratische Reformen. Inzwischen richtet sich der Protest

längst nicht mehr nur gegen die umstrittenen Auslieferungspläne, sondern gegen die Stadtregierung selbst – und gegen den wachsenden Einfluss der chinesischen Führung in Hongkong. Dazu hat die Dynamik der Proteste beigetragen: Prügelnde Mobs und brutale Sondereinheiten der Polizei gingen auf wehrlose Demonstranten los. Es gab reihenweise Verhaftungen von Demokratie-Aktivistinnen wie auch von unbescholtenen Bürgern. Das hat ein tiefsitzendes Gefühl von Ungerechtigkeit erzeugt. Fraglich ist, ob die Hongkonger Regierung die Proteste einfach

Motto scheint wohl zu sein: Schaut, ich bin in einer ausweglosen Situation – gebe aber mein Bestes. Ob dieses Kalkül verfangen wird, ist jedoch fraglich. In den sozialen Medien und auf der Straße machen die Hongkonger klar: Alle fünf Forderungen müssen erfüllt werden, auch die aus Pekings Sicht heikelste: echte Demokratie. Sonst geben sie keine Ruhe. Dass es aber zu demokratischen Reformen kommt, ist äußerst unwahrscheinlich: Solche Reformen hätten Signalwirkung für ganz China. Schon jetzt fragen chinesische Netizens, warum Protest in Hongkong den Rückzug eines Gesetzes bewirken kann – in Festland-China aber nur Gefängnis. Deshalb wird die chinesische Führung alles versuchen, Diskussionen über mehr Demokratie im Keim zu ersticken.



David Missal ist Journalist und „ausgewiesener China-Experte“. Im August 2018 musste er das Land verlassen, weil er dort im Rahmen seines Studiums zu Menschenrechtsanwälten recherchiert hatte. Bis Juni 2019 lebte er in Hongkong und hat die dortigen Massenproteste hautnah miterlebt. Auf Twitter (@DavidJRMissal) schildert er regelmäßig Eindrücke und Hintergründe zur Lage in Hongkong und China.

„Inzwischen richtet sich der Protest längst nicht mehr nur gegen die umstrittenen Auslieferungspläne, sondern gegen die Stadtregierung selbst.“

aussetzen kann, wie sie es 2014 bei den sogenannten „Regenschirm-Protesten“ tat. 2019 ist eine größere gesellschaftliche Geschlossenheit zu spüren. Trotz Unterschieden in den Details stehen alle Interessensgruppen Seite an Seite: gewalttätige Demonstranten, Verfechter friedlichen Protests und selbst Teile der Business-Community. Anfang September hat Regierungschefin Lam das umstrittene Gesetz dann endlich zurückgezogen. Der Plan war wohl, die Situation zu beruhigen. Am Vortag war eine Aufnahme publik geworden, in der Lam noch beteuerte, sie habe so gut wie keinen Handlungsspielraum. Das

richte. Beim Landgericht ist eine Verfahrenseinstellung mit Bußgeldverhängung wesentlich seltener.

Bußgeldmarketing – Eine Chance für gemeinnützige Organisationen

Bußgeld- oder auch Geldauflagenmarketing ist eine interessante Finanzierungsmöglichkeit für gemeinnützige Organisationen. Doch die wenigsten wissen davon. Ulrich Kujawski, lange Zeit Richter am Berliner Amtsgericht Tiergarten, unterstützt die Tibet Initiative immer wieder mit Geldauflagen. Durch seine Reisen kennt er Tibet aus erster Hand. Das Schicksal der tibetischen Gemeinschaft spielt in seinem Leben eine besondere Rolle. Moritz Hartwig aus der Geschäftsstelle sprach mit ihm.

Was ist eigentlich Bußgeldmarketing?

Erst einmal muss ich erklären, was eine Geldauflage oder Bußgeld ist: Im Strafrecht besteht die Möglichkeit, ein Verfahren durch eine vorläufige Verfahrenseinstellung gegen eine Geldauflage zu beenden. Unter Bußgeldmarketing versteht man das Bemühen gemeinnütziger Organisationen, an diese Gelder zu gelangen. Der Wettbewerb unter den gemeinnützigen Organisationen um diese Bußgelder steigt ständig, die Höhe derselben allerdings nicht. Ist die Zahlung geleistet, wird das Verfahren endgültig eingestellt, und der Angeklagte gilt als nicht vorbestraft. In Erinnerung sind uns aus der Vergangenheit z.B. das Verfahren gegen Helmut Kohl im Zusammenhang mit der unrechtmäßigen Verwendung von Spendengeldern. Dieses wurde mit Zustimmung des Landgerichts Bonn 2001 gegen Zahlung von 300.000 DM eingestellt.

Was können unsere Mitglieder tun, um an Bußgelder für die Tibet Initiative zu gelangen?

Mitglieder des Vereins könnten versuchen, Richter aus dem Verwandten- oder Bekanntenkreis zu kontaktieren. Das veranlasst diese möglicherweise, Geldbußen an die Tibet Initiative Deutschland zu verhängen. Allerdings haben die Richter in aller Regel bereits „ihre“ Organisationen, die sie seit langem bedenken. Einen Versuch ist es aber wert.

Hast du Tipps für das Herantreten an Personen der Justiz: Empfehlungen oder Dinge, die man vermeiden sollte?

Sollte das Thema „Tibet“ in den Medien eine Rolle spielen, wäre es sinnvoll, den Zeitpunkt auszunutzen, wie momentan zum Beispiel durch Hongkong. Sinnvoll ist das Herantreten an Strafrichter der jeweiligen Amtsge-



richte. Beim Landgericht ist eine Verfahrenseinstellung mit Bußgeldverhängung wesentlich seltener.

Welche realistischen Möglichkeiten siehst du für die Tibet Initiative?

Der Verein könnte schriftlich, indem er seine Vereinsziele kurz vorstellt, an die Richter herantreten oder durch den persönlichen Besuch bei den Richtern in ihren Diensträumen. Wie viele Richter es an welchem Gericht gibt, ist den Geschäftsverteilungsplänen der Website der Gerichte zu entnehmen. Richter sind allerdings unabhängig und nicht an Dienstzeiten gebunden.

Herzlichen Dank für deine langjährige Unterstützung der Tibet Initiative Deutschland und für deine Zeit, uns Rede und Antwort zu stehen.

// Moritz Hartwig



SPENDE FÜR TIBET!

Sie haben selbst Richter im Freundes- und Bekanntenkreis oder könnten sich vorstellen, die Tibet Initiative bei Richtern in Ihrer Nähe einzubringen? Kontaktieren Sie uns unter: kommunikation@tibet-initiative.de oder 030 | 42 08 15 27.

Ich bin Mitglied, weil...

...wir dank dieser großartigen Gemeinschaft viel bewegen können!

Im Gegensatz zu vielen anderen Mitgliedern bin ich noch nie in Tibet gewesen. Mein Interesse dafür kam vielmehr über meine zahlreichen Indien-Reisen. Bereits als Kind hatte ich dank meiner Eltern das große Glück, dieses unglaubliche Land bereisen zu dürfen und es von Norden bis Süden kennen und lieben zu lernen. Nachdem mich bereits als Kleinkind die Tibeter in Darjeeling interessiert haben sollen, konnte ich die tibetische Kultur auf späteren Reisen bewusst erleben und empfand das Bedürfnis, mich für dieses beeindruckende Volk einsetzen zu wollen. Mich inspirierte besonders der Kontrast zwischen Sanftmut und der Schönheit der Kunst sowie die Entschlossenheit der Tibeterinnen und Tibeter, den gewaltlosen „Kampf“ für den Erhalt ihrer kulturellen Identität fortzusetzen.

Hinzu kam die Begeisterung für den Buddhismus, dessen Praktizieren es nicht zulässt, diese menschenverachtende Situation der Bevölkerung Tibets zu tolerieren. Ein solches Verletzen aller Menschenrechte seitens der chinesischen Regierung ist für mich unerträglich! Ebenso wie der Umgang anderer Länder mit den Menschenrechtsverletzungen, nur weil die Wirtschaft die Menschlichkeit in unserer Welt dominiert.

Die Tibet Initiative setzt sich für einen grundlegenden Wandel in Tibet ein und entspricht damit meinen Vorstellungen, politisch zu agieren: Sie setzt sich für Menschenrechte ein, baut regionale und überregionale Netzwerke auf und plant Aktionen, die unsere Mitmenschen informieren und deutsche und chinesische Politiker mehr oder weniger in Bedrängnis bringen sollen. In der Tibet Initiative habe ich unzählige unermüdlich - neben ihrer täglichen Arbeit - für Tibet kämpfende Menschen kennengelernt, deren Bekanntschaft ich nicht mehr missen möchte. Insbesondere, da diese Gemeinschaft beweist, dass es in der heutigen, doch sehr egozentrischen, leistungsorientierten Gesellschaft Menschen gibt, die sich bedingungslos für andere einsetzen. Für diese Erfahrung bin ich der Tibet Initiative sehr dankbar. Ihre Mitglieder machen die Regionaltreffen und Mitgliederversammlungen immer zu erkenntnisreichen, wohlthuenden und unbezahlbaren Tagen. Wir alle wissen, dass unser Einsatz unglaublich kräftezehrend ist. Aber allein der Gedanke, dass die Tibeter davon erfahren und daraus Kraft schöpfen, ist jede Mühe wert!



Cornelia Stütze in Indien

Unsere kleine Regionalgruppe im Westerwald wird dieses Jahr zum zweiten Mal eine Friedenswoche veranstalten, die von vier Mönchen aus Ladakh und abwechslungsreichen Abendveranstaltungen begleitet wird. Dadurch versuchen wir, auf ansprechende, positive Weise, Tibet wieder ins Gespräch zu bringen.

Auch in meiner Arbeit als Lehrerin pflege ich einen Austausch zwischen Schülerinnen und Schülern unserer Schule und tibetischen Kindern, von dem alle profitieren, indem sie viel voneinander erfahren und lernen. Als Mitglied der Tibet Initiative bin ich Teil dieser großartigen Gemeinschaft, die viel bewegen kann. Auch wenn es vielleicht nur kleine Erfolge sind, lernen wir, dass selbst winzige Schritte wichtig für die Zukunft sind. Um auch mit Indien zu schließen, lasse ich einen weisen Mann zusammenfassen, was ich in vielen Sätzen zu erklären versucht habe:

„Sei du selbst die Veränderung, die du dir wünschst für diese Welt.“ (Mahatma Gandhi)

// Cornelia Stütze
Sprecherin Regionalgruppe Westerwald
Kontakt: westerwald@tibet-initiative.de!



**WERDEN AUCH SIE JETZT MITGLIED
DER TIBET INITIATIVE DEUTSCHLAND!
GEMEINSAM. STARK. FÜR TIBET.**

Weitere Infos unter: 030 / 42 08 15 21 oder:
www.tibet-initiative.de/mitglied-werden



**MARGARETE
BAUSE**

BUNDESTAGSABGEORDNETE
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Die Menschen in Tibet werden durch die chinesische Regierung seit Jahrzehnten unterdrückt und ihrer Rechte beraubt. Dazu darf niemand schweigen. Wir müssen die Menschenrechtsverletzungen öffentlich machen und Menschenrechtsverteidiger*innen unterstützen.“



Prof. Dr. Jhy-Wey Shieh

Repräsentant von Taiwan, Taipeh-Vertretung in Deutschland

Warum ist es wichtig, von Deutschland aus Menschenrechte und Demokratie in der VR China einzufordern?

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist aus der deutschen Nazi-Vergangenheit eine Nation entstanden, die sich ihrer Schuld und Verantwortung bewusst ist und danach strebt, zum Frieden der Welt beizutragen. Dabei dürfen keine Bedenken auftauchen, Deutschland wolle sich in die Innenpolitik einmischen. Diese Besonnenheit ist im Großen und Ganzen völlig legitim und verständlich. Bei einer Überdosis könnte dies jedoch Gefahr lauten, Deutschland in der Umsetzung seines guten Willens zu hemmen, vor allem, wenn es um die Bekämpfung von staatlich verübten Menschenrechtsverletzungen in anderen Ländern geht. Die wirtschaftlich sehr enge Beziehung zwischen Deutschland und China wird immer wieder dafür herangezogen, dass Deutschland es sich nicht mehr leisten kann, Menschenrechte und Demokratie von China einzufordern. Dem schließe ich mich nicht an, weil ich weiß, wieviel sich Deutschland im Vergleich

mit anderen Ländern um die Menschenrechte in China bemüht hat.

Die Bereitschaft, den Verlust seiner Interessen für die Menschenrechte und Demokratie eines anderen Volkes in Kauf zu nehmen, würde Deutschland in eine solche noble, weil furchtlose Lage versetzen, dass China sich nicht mehr trauen würde, Deutschland mit Abbruch der wirtschaftlichen Beziehung zu drohen.

Taiwan gilt als vorbildliches Demokratieprojekt in Asien. Wie kam es dazu?

Als Folge eines verlorenen Krieges wurde Taiwan im Jahr 1895 von China an Japan abgetreten, wodurch die Taiwaner unter eine Fremdherrschaft gerieten, die nicht gerade zimperlich war. So wurden sich die Taiwaner ihrer eigenen Identität bewusst, denn sie wurden gezwungen, ihre ursprüngliche Identität gegen eine neue einzutauschen. Unter dem fortschrittlicheren Japan wurden aber Bemühungen um die Bewahrung der Han-

chinesischen Kultur zugelassen. Diese semi-japanisierte Insel wurde 1945 wieder an China zurückgegeben. 1947 ereignete sich das sogenannte 228-Massaker, dem eine ganze Schicht von Intellektuellen zum Opfer fiel. Chiang Kaishek, der 1949 nach dem verlorenen Bürgerkrieg gegen die von Mao Zedong geführten Kommunisten nach Taiwan geflohen war, verhängte das Kriegsrecht über die ganze Insel. Aus den japanisierten Taiwanern wurden wieder Chinesen, die jedoch eher Japanisch als Hochchinesisch sprachen und verstanden. Zurückgekehrt in den Schoß des Vaterlandes, konnten sich viele Taiwaner jedoch des Eindrucks nicht erwehren, dass sie nun zum wiederholten Male unter eine Fremdherrschaft geraten waren. Seitdem gab es immer wieder Ansätze zur Demokratisierung. Von daher schätzen wir Taiwaner die hart erlangte Demokratie so sehr, dass wir als ein Vorbild für Demokratie angesehen werden.

Sehen Sie Gemeinsamkeiten, und wenn ja, welche, im Demokratiekurs Tibet, Ostturkestan, Hongkong und Taiwan?

Ja! Die wichtigste Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg war, dass der Mensch wichtiger ist als das sogenannte Vaterland, unabhängig davon, wie dieses zu definieren ist. Menschenrechte haben Vorrang vor dem Staat. Auf gut Deutsch: Die Souveränität des Staates geht vom Volk aus. Diese Einsicht liegt dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Menschen als eine Schicksalsgemeinschaft zugrunde. Die Tibeter, die Einwohner Ostturkestans und die Hongkonger haben alle das gleiche Recht auf eine Demokratie, die den Menschen Bürgerrechte garantiert, wenigstens theoretisch.

Was ist die Sicht von Taiwan auf Tibet?

Taiwaner, die großen Wert auf Freiheit und Selbstbestimmungsrecht jeder Nation legen und das traurige Schicksal der Tibeter wie auch deren Geschichte kennen, bewundern ihre sehr hochzuschätzende Kultur und haben Mitgefühl für sie, die unter dem Regime der chinesischen kommunistischen Partei leiden. Wir machen uns dadurch sehr unbeliebt bei Peking. Aber die Taiwaner haben nicht um die Demokratie gekämpft, um den Kommunisten in China zu gefallen.

Wenn Sie einen Wunsch an die deutsche Politik frei hätten, was wäre das?

Ich würde mir wünschen, dass die deutsche Politik mit den übrigen EU-Ländern die seit 1987 gegenstandslos gewordene Ein-China-Politik über Bord werfen würde. Da

„Deutschland sollte mit den anderen EU-Ländern eine EU-eigene China-Politik vereinbaren, bei der Menschenrechte, Freiheit, Selbstbestimmungsrecht und Rechtsstaatlichkeit eine entscheidende Rolle spielen.“

Taiwan nicht mehr den Alleinvertretungsanspruch auf ganz China erhebt, gibt es keine Rechtfertigung für diese Politik mehr. Kurz: Deutschland sollte mit den anderen EU-Ländern eine EU-eigene China-Politik vereinbaren, bei der Menschenrechte, Freiheit, Selbstbestimmungsrecht und Rechtsstaatlichkeit eine entscheidende Rolle spielen.

Die EU sollte geeint China gegenüber diese Einstellung zur Geltung bringen, und zwar immer, wenn es darum geht, Handelsbeziehungen mit China voranzutreiben, so dass Peking endlich einmal lernt, Menschenleben zu achten und sich Demut anzueignen. Einst hat der Vorgänger des jetzigen chinesischen Botschafters in Deutschland die Deutschen darauf hingewiesen, dass die Würde des chinesischen Territoriums unantastbar sei. Der charakteristische Unterschied zwischen der Welt der Freiheit und der Unfreiheit: Hier ist die Würde des Menschen unantastbar, in China soll es das Territorium sein.

// INTERVIEW: Axel Grafmanns

Prof. Dr. Jhy-Wey Shieh ist seit 2016 Repräsentant von Taiwan, Taipeh-Vertretung in Deutschland. Er promovierte 1987 in Germanistik an der Ruhr-Universität Bochum. Von 1996 bis 2002 war Prof. Dr. Shieh Dekan der Fakultät für Fremdsprachen an der Dong Wu University, Taiwan, 2003 bis 2005 Kolumnist der Liberty Times (Taipeh, Taiwan). 2007–2008 wurde er zum Leiter des Regierungsinformationsamtes und Regierungssprecher in Taiwan ernannt. 2008–2016 arbeitete er als Moderator einer Talkshow bei Formosa TV (Taipeh, Taiwan).



Kloster in Dirang

© alle Fotos dieser Doppelseite: Ulrich Kujawski

Arunachal Pradesh

Eine Reise ins nordostindische „Tibet“

2017 besuchte der Dalai Lama Arunachal Pradesh. Große Proteste seitens Chinas folgten, da dieses Gebiet von China beansprucht wird, um das es schon 1962 mit Indien einen Krieg geführt hatte. Für uns vier (Jürgen Detel, Wolfgang Grader, Ulrich Kujawski und Michael Oberhofer) war es im Mai 2019 soweit – ein langgehegter Traum ging

in Erfüllung. Mit viel Abenteuerlust und einer Sondergenehmigung ging es auf holprigen Straßen mehrere Tage von Guwahati nach Tawang zum Kloster mit den golden leuchtenden Dächern. Schnee lag noch auf dem über 4000 Meter hohen Sela-Pass, dem Tor nach West-Kameng, von wo wir bereits das beeindruckende Kloster sehen konnten. Hier wurde der 6. Dalai Lama geboren, hier fand der jetzige Dalai Lama 1959 auf seiner Flucht aus Tibet seinen ersten indischen Aufenthalt. In dieser Region lebt vor allem die Gruppe der Momba, die sich fest zum tibetischen Kulturkreis zugehörig fühlen. Den Kopf voll mit all dieser Historie, konnten wir vor Ort ein lebendiges Klosterleben spüren, nahmen an der 4.30-Uhr-Morgen-Puja mit „noch schläfrigen“ kleinen Mönchen teil und tranken tibetischen Buttertee.

Doch Arunachal Pradesh ist ein kulturell wie religiös äußerst vielfältiges Land. Leben hier doch mehr als 100 verschiedene Stämme mit zum Teil noch animistischen Religionen. Vieles von dieser ursprünglichen Lebensweise mit Religionen, Sitten und Gebräuchen ist momentan noch erfahrbar. Wir hatten viele herzliche Begegnungen und freuten uns über die Offenheit, die uns entgegenge-



Ulrich Kujawski, Wolfgang Grader, Jürgen Detel, Michael Oberhofer (v.l.n.r.) mit einer Apatani-Frau



Tawang Kloster



Mädchen aus dem Gebiet der Adi-Galong

bracht wurde. „Hallo“ in einer Stammessprache, wie zum Beispiel „alde“, öffnete Herz und Türen, bescherte uns Einladungen und hin und wieder ein Glas Reiswein. Auch landschaftlich ist dieser Bundesstaat einmalig, von subtropisch bis alpin, geprägt von entsprechend breit gefächerter Flora und Fauna. Zunehmender westlicher Ein-

fluss und christliche Missionierung fordern jedoch sichtlich ihren Tribut. Arunachal Pradesh – ein Geheimtipp für Tibet-Freunde. Wir werden es hoffentlich noch einmal bereisen können.

// Wolfgang Grader

Ihre Meinung zählt

Der „Brennpunkt Tibet“ im Wandel

Liebe Leserinnen und Leser,

vielleicht haben Sie bereits die ein oder andere Veränderung beim „Brennpunkt Tibet“ festgestellt. Vorrangig war uns jedoch bisher daran gelegen, die Qualität der Artikel zu halten und dabei im alten Format und Aufbau zu bleiben.

Mit diesem Heft halten Sie erstmalig 40 Seiten in der Hand, also vier Seiten mehr als zuvor. Die schlechte Nachricht folgt jedoch umgehend: Die Kosten zwingen uns, Ihnen den „Brennpunkt“ statt viermal jährlich künftig nur noch dreimal zu schicken. Das heißt, dass Sie ab dieser Ausgabe circa dreieinhalb Brennpunkte des alten Umfangs erhalten. Der Preis verringert sich um einen Euro auf 15 Euro jährlich.

Nur gemeinsam – so meine feste Überzeugung – können wir Inhalte produzieren, die Sie genauso interessieren wie uns in der Redaktion und der Geschäftsstelle

der Tibet Initiative. Ab sofort möchte ich Ihnen deshalb die Möglichkeit anbieten, durch Ihre Meinungsäußerung indirekten Einfluss auf den „Brennpunkt“ zu nehmen: Wenn ich zu einigen Rubriken oder Artikeln wiederkehrend Kritik oder Desinteresse bzw. Lob und Jubel erhalte, könnte das dazu führen, dass wir langfristig das eine einschränken oder gar lassen, das andere dafür ausbauen. Ihre Zuschriften sollen – Ihr Einverständnis vorausgesetzt – unter der neuen Rubrik „Leserbriefe“ veröffentlicht werden. Deshalb freue ich mich über jede Regung zum „Brennpunkt Tibet“ unter: redaktion@tibet-initiative.de

**Herzlich, Ihre
Anja Oeck**





Neue Chefredaktion

Schreiben war immer schon meine Leidenschaft. Worte puzzeln aus mir heraus, Texte ergeben sich, schreiben sich wie von selbst. Der Logik überlasse ich dabei nie das ganze Feld. Die Beschäftigung mit Sprache musste mir von klein auf auch niemand verordnen. Ganz von allein wollte ich Englisch, Französisch, Latein, Altgriechisch und Italienisch lernen, einfach, weil es mir Spaß machte.

Dann studierte ich Philosophie in Frankfurt und Berkeley, Kalifornien, kombiniert mit Musik und Theater – beides hilfreich, um mit Tonalität und Dramatik spielen zu lernen. Bereits während meines Studiums schrieb ich als freie Redakteurin und Kritikerin für die FAZ, dpa und viele kleinere Magazine. Am Theater zog es mich wie von selbst in die Dramaturgie, dorthin, wo unter anderem die Programmhefte und Werbetexte für Opern und Theaterstücke entstehen.

Der Hang, die Welt zu verbessern, sich für Ungehörte einzusetzen, war für mich ebenso unhinterfragbar wie „etwas mit Worten“ als Beruf zu wählen. So bin ich nach knapp 20 Jahren als Redakteurin bei Greenpeace, einigen Jahren als freiberufliche Dramaturgin an Theatern und als Buchautorin im Dezember 2018 auf die Tibet Initiative gestoßen.

Den „Brennpunkt Tibet“ weiter in die Welt zu tragen, war die Aufgabe. Kurzes Nachdenken: Das Handwerkszeug hatte ich. Nach einigen Jahren als Backup in der Redaktion des Magazins „Tibet und Buddhismus“ war mir auch die Tibet-Frage nicht ganz unbekannt. Und so habe ich nun im Juli 2019 die Chefredaktion für den „Brennpunkt Tibet“ übernommen.

Ich freue mich, dieses hervorragend eingeführte Magazin mit kompetenten und netten Kolleginnen und Kollegen gestalten und verantworten zu dürfen, und bin gespannt auf Ihr Feedback – sei es nun Zustimmung oder Kritik.

Erst bei der Arbeit an den beiden Heften 2019 ist mir wirklich klar geworden, auf welch' wichtige Aufgabe ich mich da eingelassen habe: wie essentiell das Engagement bei der Tibet Initiative ist, zunächst für das Überleben der Tibeter und ihrer Kultur, letztlich aber auch für Werte eines glücklichen Lebens für uns alle. Ich wünsche uns einen produktiven Dialog auf Augenhöhe.

// Anja Oeck

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Tibet Initiative Deutschland e.V.
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin | Germany
TELEFON: + 49 30 | 42 08 15 21
FAX: + 49 30 | 42 08 15 22
office@tibet-initiative.de | www.tibet-initiative.de
www.facebook.com/tibetinitiative

BANKVERBINDUNG

Bank für Sozialwirtschaft | IBAN: DE96 1002 0500 0003 2423 03
BIC-Code: BFSWDE33BER

ANZEIGEN

TEL: + 49 30 | 42 08 15 21 | anzeigen@tibet-initiative.de

ABO

Für Mitglieder der Tibet Initiative Deutschland e.V. ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Einzelverkaufspreis: 5 EUR, Jahresabonnement: 15 EUR (inkl. Versand), freiwilliger Förderbetrag: 24 EUR
abo@tibet-initiative.de

REDAKTION

Axel Grafmanns (V.i.s.d.P.), Anja Oeck (Chefredaktion), Wolfgang Grader, Iris Lehmann, Klemens Ludwig, Christof Spitz, Arne Wellding
Kontakt: redaktion@tibet-initiative.de
BILDREDAKTION: Anja Oeck, Arne Wellding
WEITERE AUTOREN DIESER AUSGABE:
Margarete Bause, David Demes, Roland Jahn, Moritz Hartwig, Ulrich Kujawski, David Missal, Sarah Schäfer, Jhy-Wey Shieh, Cornelia Stütze

GRAFISCHES GESTALTUNGSKONZEPT:

Ann Katrin Siedenburg | www.katigraphie.de

LAYOUT & SATZ:

Verena Postweiler | www.verenapostweiler.de

DRUCK

Oktoberdruck AG, gedruckt auf FSC-Papier (100 % Recycling)

FOTOS & ABBILDUNGEN

Soweit hier nicht anders angegeben Tibet Initiative Deutschland e.V.
Titel: J Michael Cole | S. 2: J Michael Cole; BStU, Ronny Rozum | S. 4: Marco Hinze; Elke Hessel / Tibethaus Frankfurt | S. 8-9: J Michael Cole | S. 10-15: David Demes | S. 17: BStU, Mulders | S. 18: Robert-Havemann-Gesellschaft/Bernd Albrecht; Robert-Havemann-Gesellschaft/Manfred Hildebrandt/Roland Jahn | S. 21: Clemens Ludwig | S. 24: Anke Geiler | S. 28: David Missal | S. 29: Ulrich Kujawski | S. 30: Cornelia Stütze | S. 31: Felix Hörhager | S. 34-35 Ulrich Kujawski

ERSCHEINUNGSWEISE

Dreimal im Jahr: Februar, Juni, Oktober; Auflage: 2.500
ISSN: 1865-3456; Redaktionsschluss Nr. 3 / 2019 24.09.2019

MEDIADATEN

Das Urheberrecht an allen Beiträgen liegt bei der Tibet Initiative Deutschland oder bei den Autoren. Nachdruck, Aufnahme in Online-Dienste und Internet sowie Vervielfältigung auf elektronischen Datenträgern bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Herausgebers. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos können wir leider keine Haftung übernehmen.

Die Tibet Initiative Deutschland setzt sich seit ihrer Gründung 1989 für das Selbstbestimmungsrecht des tibetischen Volkes sowie die Wahrung der Menschenrechte in Tibet ein. Mit bundesweit 50 ehrenamtlichen Regionalgruppen / Kontaktstellen und rund 2.000 Mitgliedern gibt sie Tibet eine starke Stimme.

SAVE THE DATE!

Regionalgruppen-Treffen 2019

HILDESHEIM

16.11. // 11:00–17:00 Uhr
Regionalgruppen-Treffen Nord
Volkshochschule Hildesheim,
Raum: Cafe.kom, Pfaffenstieg 4-5,
31134 Hildesheim

ULM

23.11. // 11:00–17:00 Uhr
Regionalgruppen-Treffen Süd
Evangelisches Gemeindehaus Christus
Kirche, Königsstraße 5, 89077 Ulm

BONN

17.12. // 19:00 Uhr
Menschenrechte in Tibet / Flüchtlingssituation im Mittelmeer
Vortrag von Axel Grafmanns
Pfarrheim St. Josef, An St. Josef 19a/
Ecke Johann-Link-Str., 53225 Bonn

DARMSTADT

16.11. // 9:00–17:00 Uhr
Info- und Verkaufsstand am
Martinsmarkt
Freie Waldorfschule Darmstadt,
Arndtstraße 6, 64297 Darmstadt

ESSEN

8.11. // 19:00 Uhr
Tibets Grüner Osten –Unterwegs
in Amdo und Kham
Vortrag von Dr. Klaus Vedder
Volkshochschule Essen (Kleiner Saal
E11) Burgplatz 1, 45128 Essen

ESSEN

22.11. // 19:00 Uhr
Der Weg zum Glück – Geistesschulung im Tibetischen Buddhismus
Vortrag von Oliver Petersen
Volkshochschule Essen (Großer Saal,
Untergeschoss) Burgplatz 1,
45128 Essen

FREISING

10.11. // 19:30 Uhr
11. Freisinger Tibet-Tage: Chinas KP – Bedrohung für die friedliche Entwicklung von Tibet und der Welt.
Multimedial unterstützter Vortrag von Andreas Printz
HSG – Hochschulgemeinde Freising,
Hohenbachernstr. 9, Freising

FREISING

17.11. // 19:30 Uhr
11. Freisinger Tibet-Tage: Stimmen auf dem Dach der Welt. 17 Tage in Welt. Dokumentarfilm mit den Münchener Filmemacher P. Ranz und Komponist F. Möller mit Livekommentaren und Klavierbegleitung
HSG – Hochschulgemeinde Freising,
Hohenbachernstr. 9, Freising

FREISING

23.11. // 19:30 Uhr
11. Freisinger Tibet-Tage: Peter Aufschneider und das Tal der Glückseligkeit
Lichtbildvortrag mit Ferl Schreyer
HSG – Hochschulgemeinde Freising,
Hohenbachernstr. 9, Freising

FREISING

29.11. // 19:30 Uhr
11. Freisinger Tibet-Tage: Mantras, Klänge und Worte der Kraft – Eine Einführung v. Renate Luz und Barbara Michalsky-Hasenstab
HSG – Hochschulgemeinde Freising,
Hohenbachernstr. 9, Freising

FREISING

3.12. // 19:30 Uhr
11. Freisinger Tibet-Tage: In the Name of Confucius – Film und Diskussion mit Filmemacherin Doris Liu
Furtner Bräu, Obere Hauptstraße 42,
Freising

GÖTTINGEN

11.1. & 12.1.20 // 11:00–20:00 Uhr
Inkostand beim Fernwehfestival
Zentrales Hörsaalgebäude, Platz der
Göttinger Sieben 5, 37073 Göttingen

HAMBURG

10.12. // 17:00 Uhr
Mahnwache: Klimawandel in Tibet. Gletscher schmelzen. Fehlende Umweltpolitik der chinesischen Regierung.
Elbchaussee 268, 22605 Hamburg

HEIDELBERG

16.11. // 11:00–14:00 Uhr
Mahnwache an der Providenzkirche
Hauptstraße 90a, 69117 Heidelberg

HEIDELBERG

30.11. & 1.12. // 11:00–19:00 Uhr
Bürgerhütte auf dem
Weihnachtsmarkt vorm Rathaus
Marktplatz 10, 69117 Heidelberg

LANDAU

8.11. // 19:00 Uhr
Vernissage: Geheimnisvoller Himalaya – Eindrücke aus dem Dolpo (Bilderausstellung) mit tibetischem Mönch und Fotografen Dolpo Tulku Rinpoche
Stadtbibliothek Landau, Heinrich-Heine-Platz 10 76829 Landau in der Pfalz

LANDAU

8.11.–7.12.
Geheimnisvoller Himalaya – Eindrücke aus dem Dolpo (Bilderausstellung)
Stadtbibliothek Landau, Heinrich-Heine-Platz 10, 76829 Landau in der Pfalz

LANDAU

6.12. // 19:00 Uhr
Shangri-La: Auf der Tee-Pferde-Straße nach Tibet – Vortrag von Prof. Dr. Ingo Kennerknecht
Kulturkantina, Ostbahnstraße 3, 76829 Landau

LÜDINGHAUSEN

22.11. // 19:00 Uhr
Shokjang Lesung „Für Freiheit bereue ich nichts“ mit Ursula Jansen
Buchhandlung 3 Burgen Buch, Münster Str. 7–9, 59346 Lüdinghausen

MÜNSTER

15.11. // 19:00 Uhr
Shokjang Lesung „Für Freiheit bereue ich nichts“ mit Hannes Demming
Neben*an/Cinema, Warendorfer Str. 45, 48145 Münster

STUTT GART

2.11./16.11./7.12./21.12. // 13:00–15:00 Uhr
Regelmäßige Mahnwache – Eine starke Stimme für Tibet
Mahnmal am Stauffenbergplatz
Stuttgart, 70173 Stuttgart

ALLE TERMINE
(auch kurzfristige):
www.tibet-initiative.de

GESCHENKE GESUCHT?

🎁 www.tibet-online-shop.de

